

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich 1.10 M. vierteljährlich 3.50 M. jährlich 12.00 M. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. mit Illustration 15 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. In den Postämtern in die Post zu bringen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 30 Pf. (zweiwöchige 20 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlagsgesellschaft.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Mittwoch, den 3. März 1915.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Verhandlungen zur Milderung des Handelskrieges.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 2. März. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Schneesturm und Regen behinderten die Operationen an zahlreichen Stellen der Front. In der Champagne warfen wir nördlich Le Mesnil einen starken Gegenangriff zurück und behaupteten alle unsere gestrigen Gewinne. Wir brachten dem Feinde starke Verluste bei und machten in derselben Gegend neue Fortschritte. Bei Pont-à-Mousson im Le Prétrewald eroberten wir ein Blockhaus. In Sulzern nordwestlich Münster warfen wir in der Nacht vom Sonntag zum Montag einen ziemlich starken Angriff zurück. In beiden Fällen machten wir Gefangene. Am Garimannswieskopf behaupteten wir trotz deutscher Gegenangriffe das von uns gewonnene Gelände.

### Leiden der Zivilbevölkerung durch Artilleriefeuer.

Berlin, 2. März. (W. L. B.) In dem seit 1. Oktober 1914 von uns besetzten Rohe sind nach der „Gazette des Ardennes“ durch französische Artilleriefeuer unter der Zivilbevölkerung folgende Verluste eingetreten: Tot 5 Männer, 1 Frau, 1 Kind; schwer verwundet 8 Männer, 7 Frauen, 2 Kinder; leicht verwundet 1 Mann, 1 Frau. Die Zahl der durch das französische Artilleriefeuer beschädigten Gebäude beträgt 92, darunter die sehr schöne alte Kirche St. Pierre, das Rathaus mit Bibliothek und das Hospital. Die Kirche ist uniederbringlich verloren, das Hospital wurde zerstört, während noch zwei Flaggen des Senfer Kreuzes auf ihm wehten.

### Austausch der invaliden Kriegsgefangenen.

Bern, 1. März. (W. L. B.) Die Beförderung der zum Austausch gelangenden deutschen und französischen invaliden Kriegsgefangenen ist nunmehr endgültig geregelt. Am Dienstag abend fährt der erste Zug von Konstanz nach Lyon beziehungsweise von Lyon nach Konstanz 1800 französische Schwerverwundete und 800 deutsche Schwerverwundete gelangen zum Austausch. Die geringere Zahl der Deutschen entspricht der geringeren Zahl der deutschen Kriegsgefangenen überhaupt.

## Der türkische Krieg.

### Die Beschießung der Dardanellen.

London, 2. März. (W. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet, daß ein Sturm eine Verzögerung der Operationen vor den Dardanellen zur Folge gehabt habe.

Athen, 2. März. (W. L. B.) (Melbung der Agence d'Athènes.) Die Beschießung der Dardanellen begann gestern um 10 Uhr vormittags von neuem. Sie wurde zwei Stunden lang mit verdoppelter Festigkeit fortgesetzt. Das Ergebnis ist unbekannt. Die Abteilungen der Verbündeten, die beim Fort Rum Kaleh gelandet waren, hatten einen Zusammenstoß mit der türkischen Garnison, die sie gestreuten. Ein englisches Kriegsschiff hat Zerstörer beschossen.

Rotterdam, 1. März.

Eine Reuter-Depeche aus London vom 27. Februar meldet, daß die englische Admiralität folgendes bekanntgibt: „Bei der Beschießung der Dardanellenforts am 25. Februar wurden vier Forts am Eingang vom französischen und englischen Geschwader zum Schweigen gebracht. Darauf wurden vier englische Reusen der Meerenge von Minen gesäubert. Am 26. Februar fuhren drei englische Schlachtschiffe in die Meerenge und beschossen das Fort Dardanus. Es wurden Landungsgruppen bei Rum-Kale und Sed-ül-Bahr ausgeschifft, welche die Vernichtung der Forts vollendeten. Die Geschütze in den Forts am Eingang der Meerenge wurden ebenfalls vernichtet. Die kriegerischen Operationen werden fortgesetzt. Unsere Verluste betragen vier Mann, acht verwundet.“

Das „W. L.“, dem wir diese Reuter-Meldung entnehmen, bemerkt dazu:

Die Zerstörung der Außenforts ist bei weitem der leichteste Teil des Unternehmens und die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen für die englisch-französische Flotte erst in dem Augenblick, wo sie sich in den schmaleren Teil der Dardanellenstraße hineinwagen muß.

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. März 1915. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Erneute, wieder mit starken Kräften angelegte Angriffe in der Champagne brachen meist schon in unserem Feuer unter gewaltigen Verlusten für den Feind zusammen. Nahkämpfe an einzelnen Stellen waren durchweg für uns erfolgreich. Unsere Stellungen blieben fest in unserer Hand.

Im Argonnerwalde eroberten wir mehrere Gräben, machten achtzig Gefangene und erbeuteten fünf Minenwerfer.

Angriffe auf Vouquois wurden blutig abgewiesen.

Die in den Vogesen in den letzten Tagen von uns errungenen Vorteile wurden trotz heftiger Gegenangriffe festgehalten. Gestrige Abendangriffe der Franzosen nordöstlich Celles waren für den Feind besonders verlustreich.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Vorstöße südöstlich und südlich des Augustower Waldes waren erfolglos.

Russische Nachtangriffe nordöstlich Lomza und östlich Plock wurden zurückgeschlagen.

Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 2. März. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: 2. März 1915.

In den Karpathen wurden im westlichen Abschnitt zahlreiche Gegenangriffe der Russen abgewiesen und die in den vorausgegangenen Kämpfen von den eigenen Truppen gewonnenen Stellungen und Höhen festgehalten.

Südlich des Dnjestr dauern die Kämpfe an. Auch gestern wurden feindliche Angriffe blutig zurückgeschlagen, hierdurch erstrittenes Gebiet gegen numerisch oft überlegene gegnerische Kräfte behauptet.

In Polen und Westgalizien nur Artilleriekampf. In der Bukowina herrscht Ruhe.

Am südlichen Kriegsschauplatz ist die Situation unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

## Der Seekrieg.

### „Audacious“ wiederhergestellt?

Amsterdam, 2. März. (W. L. B.) Ein hiesiges Blatt berichtet nach dem „New York Herald“ vom 15. Februar, daß das englische Großkampfschiff „Audacious“ nächste Woche wieder mit der großen Flotte vereinigt werden sollte. Hiernach verließ das Schiff am 15. Februar völlig repariert die Velfaast West Harland u. Wolf. Die „Audacious“ war dem „New York Herald“ zufolge nach der Gavarie vom 27. Oktober gegenüber der Irischen Küste gesunken, wie es anfangs hieß. Nachdem das Led unter der Wasserlinie verstopft war, hielt sich das Schiff über Wasser und wurde einige Stunden nach der Abfahrt des White Star-Dampfers „Olympic“, der auf das Notsignal herbeigekommen war, nach dem Trockendock gefahren. Die britische Admiralität beabsichtigt, auch weiterhin Schweißgen über die Gavarie des Schiffes zu beobachten, und wird seine Wiedereinstellung in den Dienst nicht veröffentlichen. Die Öffentlichkeit in England soll von der Vereinigung der „Audacious“ mit der Flotte erst erfahren, wenn sie an einem Seegefecht teilgenommen hat oder aber nach dem Kriege. „New York Herald“ berichtet weiter, daß die „Audacious“ durch die Explosion, die den Kiel verletzete, viel Wasser erhielt, so daß sie sehr tief in See lag. Sie wurde in diesem Zustande von den an Bord des „Olympic“ befindlichen Passagieren fotografiert und erscheint auf den Photographien als sinkend. Aber es gelang, das Led zu verstopfen und das Schiff 140 Meilen weit nach Velfaast zu schleppen. (Besonders glaubwürdig klingt dies alles nicht! Die Redaktion des W. L. B.)

## Der deutsch-amerikanische Notenaustausch.

Die Deutsche Regierung veröffentlicht heute die neue amerikanische Note zum Handelskrieg und die deutsche Antwort.

Die aus kurzen Mitteilungen bereits bekannt geworden war, hat die Amerikanische Regierung den freundschaftlichen Versuch unternommen, im Interesse der neutralen Schifffahrt und der Humanität eine Verständigung über die Seekriegsführung zwischen England und Deutschland herbeizuführen, durch welche gewisse jetzt angewendete Kriegsmethoden beseitigt werden sollen. Die amerikanische Note betont dabei, daß ihre Anregung nicht als amtlicher Vorschlag zu betrachten sei, sondern nur als skizzierte Grundlage für eine Verständigung, die keiner der kriegführenden Mächte Ungebührliches zumute.

Die amerikanische Anregung läuft nun im wesentlichen darauf hinaus, Deutschland zur Einstellung des seit dem 18. Februar proklamierten Unterseebootskrieges gegen die Handelschiffe zu bewegen, wogegen England seinerseits unter gewissen Bedingungen der neutralen Schifffahrt bei der Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen soll. Die deutschen Unterseeboote sollen die Handelschiffe nicht mehr ohne weiteres torpedieren, sondern nur noch anhalten und durchsuchen dürfen, während den neutralen Staaten das Recht eingeräumt werden soll, die deutsche Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zur Einhaltung der Bedingung, daß die Lebensmittel von der Deutschen Regierung nicht zu militärischen Zwecken verwendet werden dürfen, soll Amerika das Kontrollrecht über die Verwendung der Lebensmittel eingeräumt werden.

Die Deutsche Regierung hat im großen und ganzen ihre Zustimmung zu diesen Anregungen erklärt. Sie ist also bereit, künftig den Unterseebootskrieg durchaus nach der Art des Kreuzerkrieges zu führen, falls eine Verständigung über die Zulassung der Lebensmittelzufuhr für die deutsche Zivilbevölkerung erreicht wird. Allerdings legt die Deutsche Regierung auch Wert darauf, daß ihr auch die Zufuhr von Rohstoffen und Futtermitteln ermöglicht wird.

Es wäre in der Tat begrüßenswert, wenn dem amerikanischen Sondierungsversuch ein glücklicher Erfolg beschieden wäre. Das Gelingen des amerikanischen Vorschlags hängt allerdings ganz wesentlich von England ab, das sich bis jetzt den Anschein gegeben hat, als ob die deutschen Unterseeboote seinem Handel nur wenig anzuhaben vermöchten und die beste Antwort auf die deutsche Aktion in der Anwendung neuer Vergeltungsmittel bestände. Wie dem immer sein möge: auch England hat das lebhafteste Interesse daran, keine Verstimmung bei den Neutralen, speziell Amerika, aufkommen zu lassen.

### Die amerikanische Note.

Berlin, 2. März. Der amerikanische Botschafter hat im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten der Deutschen Regierung folgende vom 22. Februar datierte Note überreicht:

Die Amerikanische Regierung gestattet sich im Hinblick auf den Schriftwechsel, der zwischen ihr und den Regierungen Deutschlands und Großbritanniens über den Gebrauch neutraler Flaggen durch englische Handelschiffe und die Kriegsgeliebterklärung der deutschen Admiralität stattgefunden hat, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die beiden kriegführenden Regierungen im Wege gegenseitiger Zugeständnisse

#### eine Grundlage für eine Verständigung

finden möchten, deren Ergebnis darauf abzielt, neutrale dem friedlichen Handel obliegende Schiffe von den ersten Gefahren zu befreien, denen sie bei der Durchfahrt durch die Küsten der kriegführenden Länder berührenden Meere unterworfen sind.

Die Amerikanische Regierung bringt ergebnislos in Anregung, daß eine Verständigung etwa auf Grund ähnlicher Bedingungen wie der nachstehenden erreicht werden möge.

Diese Anregung soll in keiner Weise als ein Vorschlag der Amerikanischen Regierung gelten, denn diese ist sich naturgemäß wohl bewußt, daß es ihr nicht zukommt, Bedingungen für eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Großbritannien vorzuschlagen, obwohl die vorliegende Frage sie selbst und das Volk

der Vereinigten Staaten unmittelbar und in weitgehendem Maße interessiert. Sie wagt lediglich sich die Freiheit zu nehmen, die nach ihrer Ueberzeugung

einem aufrichtigen Freund

eingedrückt werden darf, der von dem Wunsche geleitet wird, keiner der beteiligten Nationen Ungelegenheiten zu bereiten und möglicherweise den gemeinsamen Interessen der Menschlichkeit zu dienen. In der Hoffnung, daß die Ansichten und Anregungen der Deutschen und Britischen Regierung über eine Frage, die für die ganze Welt von hervorragendem Interesse ist, zutage gefördert werden, wird das im nachstehenden vorgezeichnete Verfahren angeboten.

Deutschland und Großbritannien kommen dahin überein,

1. daß treibende Minen von keiner Seite einzeln in den Küstengewässern oder auf hoher See ausgelegt werden, daß verankerte Minen von keiner Seite auf hoher See, es sei denn ausschließlich für Verteidigungszwecke innerhalb Kanonen- schußweite von einem Hafen, gelegt werden, und daß alle Minen den Stempel der Regierung tragen, die sie ausgelegt, und so konstruiert sind, daß sie unschädlich werden, nachdem sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;
2. daß Unterseeboote von keiner der beiden Regierungen zum Angriff auf Handelsschiffe irgend einer Nationalität Verwendung finden außer zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung;
3. daß die Regierungen beider Länder es zur Bedingung stellen, daß ihre beiderseitigen Handelsschiffe neutrale Flaggen als Kriegsschiffe oder zum Zweck der Unkenntlichmachung nicht benutzen.

Großbritannien erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- und Nahrungsmittel nicht auf die Liste der absoluten Konterbande gesetzt werden und daß die britischen Behörden Schiffsabgaben solcher Waren weder stören noch anhalten, wenn sie an Agenturen in Deutschland adressiert sind, die von den Vereinigten Staaten namhaft gemacht sind, um solche Warenabgaben in Empfang zu nehmen und an konzeffionierte deutsche Wiederverkäufer

zur ausschließlichen Weiterverteilung an die Zivilbevölkerung zu verteilen.

Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- oder Nahrungsmittel, die nach Deutschland aus den Vereinigten Staaten — oder je nachdem von irgend einem anderen neutralen Lande — eingeführt werden, an Agenturen adressiert werden, die von der Amerikanischen Regierung namhaft gemacht werden; daß diesen amerikanischen Agenturen die volle Verantwortung und Aufsicht bezüglich des Empfangs und der Verteilung dieser Einfuhr ohne Einmischung der Deutschen Regierung obliegen soll; sie sollen sie ausschließlich an Wiederverkäufer verteilen, denen von der Deutschen Regierung eine Konzeffion erteilt ist, die ihnen die Berechtigung gibt, solche Lebens- und Nahrungsmittel in Empfang zu nehmen und sie ausschließlich an die Zivilbevölkerung zu liefern; sollten die Wiederverkäufer die Bedingungen ihrer Konzeffion irgendwie überschreiten, so sollen sie des Rechtes verlustig gehen, Lebens- und Nahrungsmittel für die angegebenen Zwecke zu erhalten, und daß die Deutsche Regierung solche Lebens- und Nahrungsmittel nicht für Zwecke irgendwelcher Art requirieren oder veranlassen wird, daß sie für die bewaffnete Macht Deutschlands Verwendung finden.

Indem die Amerikanische Regierung die im vorstehenden skizzierte Grundlage für eine Verständigung unterbreitet, möchte sie nicht so verstanden werden als ob sie irgend ein Recht der Kriegführenden oder Neutralen, das durch die Grundzüge des Völkerrechts festgelegt ist, anerkennt oder verkümpert, sie würde vielmehr die Vereinbarung, falls sie den interessierten Mächten annehmbar erscheint, als einem *modus vivendi* betrachten, der sich mehr auf Zweckmäßigkeit als auf gesetzliches Recht gründet, und der auch die Vereinigten Staaten in seiner gegenwärtigen oder in einer abgeänderten Fassung nicht bindet, ehe er von der Amerikanischen Regierung angenommen ist.

Eine gleichlautende Note ist an die Britische Regierung gerichtet worden.

## Die deutsche Antwort.

Berlin, 2. März. Die Note der Amerikanischen Regierung ist unter dem Datum des 28. Februar von der Deutschen Regierung folgendermaßen beantwortet worden: Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat von der Anregung der Amerikanischen Regierung für die Seekriegführung Deutschlands und Englands gewisse Grundzüge zum Schutze der neutralen Schifffahrt zu vereinbaren, mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen.

Sie erblickt darin einen neuen Beweis für die von deutscher Seite voll erwiderten freundschaftlichen Gefühle der Amerikanischen gegenüber der Deutschen Regierung.

Auch den deutschen Wünschen entspricht es, daß der Seekrieg nach Regeln geführt wird, die, ohne die eine oder die andere kriegführende Macht in ihren Kriegsmitteln einseitig zu beschränken, ebenso wohl den Interessen der Neutralen wie den Geboten der Menschlichkeit Rechnung tragen. Demgemäß ist schon in der deutschen Note vom 16. d. Mts. darauf hingedeutet worden, daß die Beachtung der Londoner Seekriegsrechts-Erklärung durch Deutschlands Gegner eine neue Lage schaffen würde, aus der die Folgerungen zu ziehen die Deutsche Regierung gern bereit wäre.

Von dieser Auffassung ausgehend, hat die Deutsche Regierung die Anregung der Amerikanischen Regierung einer aufmerksamen Prüfung unterzogen und glaubt darin in der Tat eine geeignete Grundlage für die praktische Lösung der entstandenen Fragen zu erkennen. Zu den einzelnen Punkten der amerikanischen Note darf sie nachstehendes bemerken:

1. Das die Legung von Minen betrifft, so würde die Deutsche Regierung bereit sein, die angeregte Erklärung über die Nichtanwendung von Treibminen und die Konstruktion der verankerten Minen abzugeben. Ferner ist sie mit der Anbringung von Regierungsstempeln auf den abzuliegenden Minen einverstanden. Dagegen erscheint es ihr für die kriegführenden Mächte nicht angängig, auf eine offensive Verwendung verankerter Minen völlig zu verzichten.
2. Die Deutsche Regierung würde sich verpflichten, daß ihre Unterseeboote gegen Handelsschiffe irgendwelcher Flagge nur insoweit Gewalt anwenden werden, als dies zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung erforderlich ist. Ergibt sich die feindliche Nationalität des Schiffes oder das Vorhandensein von Konterbande, so würden die Unterseeboote nach den allgemein völkerrechtlichen Regeln verfahren.
3. Wie die amerikanische Note vorseht, legt die angegebene Beschränkung in der Verwendung der Unterseeboote voraus, daß

sich die feindlichen Handelsschiffe des Gebrauchs der neutralen Flagge und anderer neutraler Abzeichen enthalten. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß sie auch von einer Bewaffnung sowie von der Leistung jeglichen tötlichen Widerstandes absehen, da ein solches völkerrechtswidriges Verhalten ein dem Völkerrecht entsprechendes Vorgehen der Unterseeboote unmöglich macht.

4. Die von der Amerikanischen Regierung angeregte Regelung der legitimen Lebensmittelzufuhr nach Deutschland erscheint im allgemeinen annehmbar; die Regelung würde sich selbstverständlich auf die Seefahrt beschränken, andererseits aber auch die indirekte Zufuhr über neutrale Häfen umfassen. Die Deutsche Regierung würde daher bereit sein, Erklärungen der in der amerikanischen Note vorgesehene Art abzugeben, so daß die ausschließliche Verwendung der eingeführten Lebensmittel für die friedliche Zivilbevölkerung gewährleistet sein würde. Daneben muß aber die Deutsche Regierung Wert darauf legen, daß ihr auch die Zufuhr anderer der friedlichen Volkswirtschaft dienenden Rohstoffe einschließlich der Futtermittel ermöglicht wird. Zu diesem Zwecke hätten die feindlichen Regierungen die in der Freiliste der Londoner Seekriegsrechts-Erklärung erwähnten Rohstoffe frei nach Deutschland gelangen zu lassen und die auf der Liste der relativen Konterbande stehenden Stoffe nach den gleichen Grundsätzen wie die Lebensmittel zu behandeln.

Die Deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die von der Amerikanischen Regierung angebotene Verständigung unter Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen zustande kommt, und daß auf diese Weise die feindliche neutrale Schifffahrt und der friedliche neutrale Handel unter den Rückwirkungen des Seekrieges nicht mehr als unbedingt nötig zu leiden haben werden. Solche Rückwirkungen würden sich übrigens noch wesentlich verringern lassen, wenn — worauf bereits in der deutschen Note vom 16. d. Mts. hingewiesen worden ist — Mittel und Wege gefunden werden könnten, um die Zufuhr von Kriegsmaterial aus neutralen nach Kriegführenden Staaten auf Schiffen irgendwelcher Flagge auszuschließen.

Ihre definitive Stellungnahme muß sich die Deutsche Regierung selbstverständlich bis zu demjenigen Zeitpunkt vorbehalten, in welchem sie auf Grund weiterer Mitteilungen der Amerikanischen Regierung in der Lage ist, zu übersehen, welche Verpflichtungen die Britische Regierung ihrerseits zu übernehmen bereit ist.

## Die Vergeltungstaktik der Verbündeten.

Amsterdam, 2. März. (B. Z. B.) Die Morgenblätter veröffentlichen eine Mitteilung der Regierungen Frankreichs und Großbritanniens an die neutralen Staaten, in der es heißt: Deutschland hat erklärt, daß der Kanal und die Nord- und Westküste Frankreichs sowie die die britischen Inseln umgebenden Gewässer Kriegsgebiet seien. Es gab amtlich bekannt, daß alle feindlichen Schiffe, die in dieser Zone angetroffen würden, vernichtet werden sollen und daß neutrale Schiffe sich dort in Gefahr befinden würden. Das bedeutet auf den ersten Blick, daß ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Bemannungen und Passagiere jedes Handelsschiff, gleichviel unter welcher Flagge, torpediert werden soll. Da das deutsche Marineamt nicht die Macht hat, in diesen Gewässern ein einziges an der Oberfläche sichtbares Schiff zu unterhalten, so können diese Angriffe nur durch Unterseeboote ausgeführt werden. Das Völkerrecht und die internationalen Kriegsgebräuche gingen bei Angriffen auf den Handel freies von der Voraussetzung aus, daß die erste Pflicht derer, die das Handelsschiff nehmen, sei, das Schiff vor ein Preisengericht zu bringen, vor dem der Fall beurteilt werden und die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme erwogen werden kann, und durch dessen Spruch Neutrale ihre Ladung zurückerhalten können. Das Versenken eines erbeuteten Schiffes ist an und für sich eine beschränkte Sache, wogu man nur unter außergewöhnlichen Umständen schreiten darf und erst, nachdem Maßregeln getroffen worden sind, die ganze Mannschaft und die Passagiere in Sicherheit zu bringen. Die Verantwortung, zwischen einem feindlichen und einem neutralen Schiff und feindlicher und neutraler Ladung zu unterscheiden, liegt unstrittig bei dem angreifenden Schiff, dessen Pflicht es ist, die Natur und den Charakter der Schiffe und der Ladung festzustellen und die Schiffs-papiere in Sicherheit zu bringen, bevor es das Schiff erbeutet oder versenkt. Ebenso ist es Pflicht jedes Kriegführenden, für die Sicherheit der Bemannung sowohl eines neutralen wie eines feindlichen Schiffes Sorge zu tragen. Alle früheren Beratungen über das Recht, das Recht für den Seekrieg aufzustellen sollte, beruhten auf diesem Grundsatze. Das deutsche Unterseeboot ist aber nicht imstande, einer dieser Verpflichtungen nachzukommen. Es bringt die erbeuteten Schiffe nicht vor ein Preisengericht, und hat keine Preisbemannung an Bord, die es an Bord eines erbeuteten Schiffes gehen ließ. Es wendet kein ausreichendes Mittel an, um zwischen einem neutralen und einem feindlichen Schiff einen Unterschied zu machen. Es nimmt die Mannschaft und die Passagiere eines zu versenkenden Schiffes nicht an Bord, um sie in Sicherheit zu bringen. Diese Methoden der Kriegführung fallen demnach völlig außerhalb des Rahmens aller internationalen Vorschriften, welche die kriegerischen Maßnahmen gegen den Handel in Kriegszeiten regeln. Die deutsche Erklärung setzt die unterschiedslose Vernichtung an die Stelle der den Regeln entsprechenden Aufbringung. Deutschland wendet diese Methode gegen friedliche Kaufleute und nicht am Kampfe teilnehmende Schiffsbesatzungen an, in der Absicht, zu verhindern, daß Waren aller Art, darunter Vorräte für die Ernährung der Zivilbevölkerung, in die britischen Inseln und nach Nordfrankreich eingeführt oder von dort ausgeführt werden. Deutschlands Gegner sind daher gezwungen, zu Vergeltungsmahregeln ihre Zuflucht zu nehmen, um ihrerseits wiederum zu verhindern, daß Waren irgendwelcher Art nach Deutschland eingeht oder aus Deutschland ausgeht. Indessen sollen diese Maßregeln von England und Frankreich ohne Gefahr für Schiffe und Leben von Neutralen und Nichtkombattanten in genauer Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Menschlichkeit ausgeführt werden. Demgemäß halten die englische und die französische Regierung sich für berechtigt, Schiffe mit Waren, die mutmaßlich für den Feind bestimmt sind, ihm gebühren oder feindlichen Ursprungs sind, anzufassen und in ihre Häfen zu bringen. Diese Schiffe und Ladungen sollen nicht für konfisziert erklärt werden, wenn sie nicht auch sonst der Verurteilung als Preise unterliegen. Die Behandlung der Schiffe mit Ladungen, die vor diesem Datum ausgehoben, soll keine Änderung erfahren.

## Die Haltung Amerikas.

Amsterdam, 2. März. (Privattelegramm des „Borwärts“.) Das Reuter-Bureau meldet eine noch nicht offizielle, aber durch die Presse verbreitete amtliche Nachricht aus Washington, die folgendermaßen lautet: In amtlichen Kreisen herrscht allgemein der Eindruck, daß

Amerika gegen die Maßregeln der Verbündeten, die als einzig dastehend angesehen werden und den Handel zwischen Amerika und Ländern, mit denen es im Frieden lebt, schwer schädigen müssen, energisch protestieren wird.

## Ein holländisches Urteil.

Amsterdam, 2. März. (Privattelegramm des „Borwärts“.) Das „Handelsblad“ schreibt in einem Artikel: Die Behauptung Aquiths, daß nicht England die jetzige Kriegshandlung einleitete, ist bestreitbar. Gätte England die Londoner Deklaration eingehalten, dann wäre wahrscheinlich alles anders gegangen. Eine Abweichung von einer festgestellten Regel muß notwendig die andere nach sich ziehen. Die leidende Partei sind hierbei die neutralen Länder.

## Der Kurs bleibt der alte.

Der 2. März des Jahres 1915 wird für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des preussischen Staates bleiben. In diesem Tage war den Vertretern des Volkes und der Regierung Gelegenheit geboten, dem Opfermut des Volkes Anerkennung zu zollen, Anerkennung nicht mit Worten, sondern durch die Tat. Kann man sich eine schönere Aufgabe für eine Volksvertretung denken? Fürwahr, den Dank des gesamten Volkes hätte sich das preussische Abgeordnetenhaus erworben, wenn es sich bei dieser Gelegenheit einmütig für ein freies Wahlrecht ausgesprochen hätte.

Aber weit entfernt davon, haben die Debatten, wenn anders man von einer Wahlrechtsdebatte im eigentlichen Sinne des Wortes überhaupt reden kann, bewiesen, daß zurzeit eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes nicht zu erwarten ist.

Die beiden ersten Redner aus dem Hause, Herr v. Papenhelm (L.) und Freiherr v. Zedlitz (R.) hatten für die wichtigste Aufgabe der Gegenwart überhaupt kein Wort übrig, geflissentlich vermieden sie es, die Wahlrechtsfrage auch nur zu streifen. Nicht viel anders verhielt sich der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Dr. Bachnick. Er bezog sich auf seine Ausführungen in der Budgetkommission, die wir bereits kürzlich gekennzeichnet haben, und erklärte, daß er mit Rücksicht auf die Lage und mit Rücksicht auf die unter den Parteien getroffene Vereinbarung, daß nur Gegenstände behandelt werden sollen, die unmittelbar mit dem Etat zusammenhängen, die Wahlrechtsfrage im Plenum nicht erörtern wolle. Die grundsätzliche Auffassung seiner Partei sei unverändert die gleiche, wie sie in ihren Wahlrechtsanträgen dargelegt sei, und diese Auffassung habe durch die Erfahrungen des Krieges eine weitere starke Stütze gefunden. Um so mehr bedauere er die Erklärung des Ministers in der Kommission. Trotzdem bleibe er der Meinung, daß die Reform des Wahlrechts für die Zeit nach dem Kriege die Hauptaufgabe bilde, von deren Lösung die ganze innere Entwicklung in Preußen und im Reich wesentlich beeinflusst werden wird.

Die ganze „Rede“ des Herrn Dr. Bachnick hatte kaum 3 Minuten gedauert. Noch weniger Zeit nahmen die Ausführungen in Anspruch, die der Abg. Marx namens des Zentrums zur Wahlrechtsfrage zu machen hatte. Denn sie liefen im Grunde genommen auf das Besondere hinaus, daß das Zentrum jetzt noch weniger als in Friedenszeiten einer Wahlrechtsreform zuneigt.

Einzig und allein unser Genosse Dr. Dieblich behandelte die Wahlrechtsfrage mit der Gründlichkeit, die ihr zukommt. Zwar verließ er, als er zu reden anfing, die Konservativen und Freikonservativen und mit wenigen Ausnahmen auch die Nationalliberalen und das Zentrum demonstrativ den Saal, aber wenn auch die Vertreter des Volkes aus Gründen, die nicht in der Sache liegen, die Worte des sozialdemokratischen Redners nicht angehört haben, das Volk wird sie vernehmen. Dieblich kritisierte und beleuchtete im Anschluß an die Verhandlungen der Budgetkommission die Haltung der einzelnen Parteien und der Regierung zur Wahlrechtsfrage nach den verschiedensten Richtungen hin. Mit vollem Recht wies er nach, daß diese Haltung nicht erst jetzt zutage getreten sei, sondern daß man sie schon seit dem September beobachten konnte. Damals sei bereits die parole aufgetaucht, daß der deutsche Sieg ein Sieg des Dreiklassenwahl-systems gegen die Demokratie sein werde. Die Tatsachen hätten den schwärzesten Pessimisten recht gegeben, denn nicht einmal für das geheime und direkte Wahlrecht sei nach einem unabweidenden Vorgang in der Budgetkommission anscheinend noch eine Mehrheit im Hause vorhanden. Die Sozialdemokraten hätten keinen Anlaß, bis nach dem Kriege zu warten, obwohl Herr Bachnick mit der allein noch von ihm geforderten Forderung bis dahin warten wolle. Die technische Herstellung des Gesetzes sei leicht. Gerade jetzt zurzeit des Belagerungszustandes sei wahrlich kein Anlaß vorhanden, die Forderungen zurückzustellen. Noch weniger dürfe dies der Fall sein zu einer Zeit, wo die Rückwirkung der inneren politischen Machtverhältnisse auf die auswärtige Politik sich so offenbare und wo ein Schrei nach Demokratisierung der auswärtigen Politik durch die Welt gehe. Der Krieg habe unserer Wahlrechtsforderung, der Forderung nach Demokratisierung, eine neue Stütze gegeben, wir fordern die Demokratisierung des Staates an Haupt und Gliedern in Verwaltung und Gesetzgebung. Eine demokratische Kontrolle des Volkes hätte den Krieg verhindert. Daraus ergebe sich die Berechtigung gerade in diesem Augenblick, die Forderung zu erheben nach Demokratisierung der auswärtigen Politik, einer Demokratisierung der auswärtigen Politik, die nur aufgebaut sein kann und nur herauswachsen kann aus einer demokratischen inneren Politik.

Dem nationalliberalen Führer Dr. Friedberg hatten die bürgerlichen Parteien die Rolle überwiesen, auf die Ausführungen Dieblichs zu antworten. Er tat das, ohne auf die Sache selbst einzugehen. Seine ganzen Ausführungen bestanden in persönlichen „Liebeswürdigkeiten“ gegen unseren Genossen.

Der Minister griff in die Wahlrechtsdebatte nicht ein. Man darf also annehmen, daß das, was er kürzlich in der Kommission gesagt hat und was auf eine bündige Absage hinausläuft, die Ansicht des gesamten Staatsministeriums ist.

## Die rumänische Sphinx.

Wenn es auf alle nicht am Kriege beteiligten Balkanstaaten zutreffend ist, daß sie seit Ausbruch des Krieges den Schauplatz der heftigsten diplomatischen Kämpfe der kriegführenden Mächtegruppen bilden, so trifft dieser Satz in erster

Linke auf Rumänien zu. Schon seine geographische Lage macht dieses Land zu einem wichtigen Faktor bei der Ausprägung der Kämpfe auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Im Süden, mit Ausnahme der Dobrudscha, durch die Donau von Bulgarien getrennt, im Osten durch den Pruth von Rußland, im Westen und Norden durch die Transylvanischen Alpen und die Karpathen von Ungarn und der Bukowina getrennt, ragt Rumänien wie ein Keil zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland hinein und nimmt zugleich eine beherrschende Stellung gegenüber den anderen Balkanstaaten ein. Auch rein militärisch bildet dieser Staat mit seinen sieben Millionen Einwohnern und seiner Heerarmee von 600 000 Mann einen nicht zu unterschätzenden Faktor, der um so mehr ins Gewicht fällt, als Rumänien der einzige Balkanstaat ist, der aus den Balkankriegen der Jahre 1912/13 ungeschwächt hervorgegangen ist.

Zu diesen geographisch-strategischen und militärischen Momenten kommen als wichtige politische Momente die starken Gegensätze hinzu, die zwischen Rumänien und seinen Nachbarn herrschen. Die tiefste Wunde im rumänischen Staatskörper bildet Bessarabien, das nach dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78, in dem Rumänien an der Seite Rußlands kämpfte, von Rußland annektiert wurde. Zwar erhielt es als Ersatz dafür ein Stück der Dobrudscha, es hat aber diese „Kompensation“ nie als ausreichend angesehen und betrachtet die Wiedergewinnung Bessarabiens mit seiner ziemlich starken rumänischen Bevölkerung als eines der Hauptziele der rumänischen Politik. Ein ähnlicher, wenn auch schwächerer Gegensatz herrscht zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn, wo zirka 3 Millionen Rumänen ansässig sind. Das Bestreben, diese in Siebenbürgen und der Bukowina lebenden Stammesgenossen dem „Rutterlande“ anzugliedern, bildet seit mehreren Jahrzehnten das Ideal der auf die Errichtung eines „geschlossenen Nationalstaates“ hinielenden Politik Rumäniens, und die Mißachtung des Nationalitätengesetzes von 1868 gegenüber den Rumänen wie das bis in die letzten Jahre reichende Bestreben der ungarischen Regierung, die Siebenbürger Rumänen zu „magyarisieren“, trugen das ihrige dazu bei, den Zielen der rumänischen Politik immerfort neue Nahrung zuzuführen.

Wirken die geschilderten Momente dahin, die Stellung Rumäniens gegenüber Rußland und Oesterreich-Ungarn zu festigen, so kann von der Stellung Rumäniens gegenüber seinem südlichen Nachbar, Bulgarien, keineswegs das gleiche gesagt werden. Im zweiten Balkankriege im Jahre 1913 war es Rumänien, das die Niederlage Bulgariens entschied und ihm ohne Schwertschlag den südlichen Teil der Dobrudscha — eine fruchtbare Provinz mit fast durchweg bulgarischer Bevölkerung — fortnehmen durfte. Diesen Schlag hat Bulgarien bis heute nicht verwunden, und die Furcht vor der bulgarischen „Revanche“ bildet bei der jetzigen großen Auseinandersetzung der Staaten das hemmende Moment, das die Vorteile der Stellung Rumäniens gegenüber Rußland und Oesterreich-Ungarn aufhebt und sie in ihr Gegenteil umschlägt. Rumänien kann keinen Schritt nach dem Osten oder Westen unternehmen, ohne voll Besorgnis nach dem Süden zu blicken, wo ein starkes, aufstrebendes Volk nur auf den Augenblick wartet, für die Erniedrigungen im zweiten Balkankriege Revanche zu nehmen.

Diese in großen Zügen gezeichnete politische Konstellation bildet das Fundament, auf dem die widerstreitenden politischen Strömungen in Rumänien seit Kriegsbeginn zur Entfaltung gelangten. Sieht man von einzelnen unliebsamen Erscheinungen in der Presse ab, die sich auch hier teilweise äußeren Einflüssen zugänglich zeigte, so kam unter dem sogenannten „Austro- (oder Germano-) philismus“ und dem „Russophismus“ jeweils nur die politische Berechnung zum Ausdruck, ob es für Rumänien vorteilhafter sein würde, mit den Zentralmächten oder mit dem Dreiverband zu gehen. Hierbei leistete die namentlich bei den „Intellektuellen“ tief wurzelnde Zuneigung zu Frankreich dem „Russophismus“ vortreffliche Dienste, während die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland dem „Austrophilismus“ Vorschub leistete.

Vor etwa einem Monat schien es, daß die Bemühungen der Dreiverbandsdiplomatie in Rumänien einen greifbaren Erfolg haben würden. Wenigstens wurde in der leitenden Presse in Paris, London und Petersburg mit aller Bestimmtheit erklärt, nun sei der Augenblick gekommen, wo Rumänien „loschlagen“ werde, und zwar werde es mit einer Armee von 150 000 Mann Siebenbürgen besetzen, der russischen Armee den Weg nach Serbien öffnen und die russische Linke flanken „entlasten“. Doch die Niederlage der russischen Armee in der Bukowina machte diesen Hoffnungen ein jähes Ende. Seitdem tritt auch in Rumänien ein harter Umschwung zutage, der mit jedem Tage immer greifbarere Formen annimmt.

Es ist von Wichtigkeit, die treibenden Kräfte dieses Stimmungsumschwunges aufzudecken und ihn in seine inneren Bestandteile zu zerlegen. Zunächst kommt in Betracht, daß es den Mächten des Dreiverbandes nicht gelungen ist, Rumänien im Falle seines Eingreifens in den Krieg vor einem bulgarischen Angriff zu „sichern“. Zwar sind die rumänisch-bulgarischen Beziehungen besser geworden, aber weder die Bemühungen des russischen Sondergesandten Fürst Trubezkoi in Serbien, noch die Einwirkungen der russischen und französischen Diplomatie in Bulgarien haben es vermocht, ein Einvernehmen zwischen diesen Staaten über die mazedonische Frage herzustellen, das von der bulgarischen Regierung als notwendige Voraussetzung für ein Einvernehmen mit Rumänien bezeichnet wurde. Serbien blieb in der mazedonischen Frage unachgiebig, deshalb kam auch die Frage eines rumänisch-bulgarischen Einvernehmens nicht von der Stelle, was, wie anzunehmen ist, selbst den eifrigsten Agitatoren für den Anschluß an den Dreiverband, wie dem früheren Minister Take Jonesku und Konjorten, nicht unwillkommen gewesen ist.

## Neuer englischer Kriegskredit von 5000 Millionen Mark.

London, 2. März. Im Unterhaus beantragte Asquith einen neuen Kriegskredit von 250 Millionen Pfund Sterling und führte hierbei aus: Die Kriegskosten aller Art sind auf 2 Millionen Pfund Sterling täglich gestiegen; aber England und das britische Reich so weit entschlossen wie je, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Asquith sagte weiter, die Unternehmung gegen die Dardanellen sei sorgfältig vorbereitet und werde ein bestimmtes Ziel in politischer, strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Unternehmung sei ein neues Beispiel des engen Zusammenwirkens der Verbündeten, die sich in die Gefahr und den Ruhm des Unternehmens teilen. Asquith spottete über die angebliche deutsche Blockade Englands und sagte: Die Wahrheit ist, daß die deutsche Flotte die englischen Küsten nicht blockiert, nicht blockieren kann und niemals wird blockieren können. Deutschlands Handlungsweise ist eine Verletzung aller bisher anerkannten internationalen Verpflichtungen und Uebereinkommen. Die Verbündeten haben daher beschlossen, zu Repressivmaßnahmen überzugehen, um zu verhindern, daß Güter irgend welcher Art nach Deutschland eingeführt oder von dort ausgeführt werden. Die englische und die französische Regierung behalten sich die Freiheit vor, Schiffe, für die eine Vermutung besteht, daß sie Güter mit feindlicher Bestimmung oder eines feindlichen Eigentümers oder feindlichen Ursprungs an Bord haben, anzuhalten und nach englischen oder französischen Häfen zu bringen. Die Verbündeten halten sich für berechtigt, zu allen wirtschaftlichen Zwangsmitteln ihre Zuflucht zu nehmen, aber ihre Absicht ist nicht, die angeführten Schiffe und Ladungen für konfisziert zu erklären, wenn nicht besondere Umstände die Konfiskation rechtfertigen. Die neuen Maßregeln sollen nicht auf Schiffe angewendet werden, die vor diesem Datum ausgefahren sind. Asquith fuhr fort: Wenn die Neutralen durch diese Maßregeln belästigt werden, so bedauern wir das, aber die Neutralen mögen bedenken, daß wir nicht diese Phase der Kriegführung herbeigeführt haben. Deutschland hat mit einer Untersee-Kampagne, mit Seeräuberei und Plünderung begonnen. Die Verbündeten können nicht ruhig zusehen, als ob sie noch den Schutz der Regeln einer zivilisierten Kriegführung genießen. Asquith erwähnte die Friedensgerüchte und schloß unter lautem Beifall: Jetzt ist nicht die Zeit, von Frieden zu reden; er wiederholte seine Erklärung aus der Guildhallrede vom 9. November 1914. Asquith sprach im ganzen eine Stunde; seine Rede wurde mit großer Begeisterung auf allen Seiten des Hauses aufgenommen. (W. L. B.)

## Die englische Ausstandsbewegung.

London, 1. März. In einer Versammlung in Bangor forderte Finanzminister Lloyd George die Teilnehmer dringend auf, in der Streikfrage zu einer Regelung zu kommen, da sie die Maschinenindustrie bedrohe. Der Minister erklärte, er hätte gegen die Flotte nur eine Anklage zu richten, nämlich die, daß sie das Land verhinere, einzusehen, wie ernst der Krieg sei. Er wünsche, daß seine Landsleute die Aufgabe richtig beurteilten, die dem Lande gestellt sei, und nichts ungetan ließen, um den Triumph des Friedens so schnell als möglich zu sichern. Die Verbündeten könnten zwanzig Millionen Mann aufbringen, während die Feinde kaum die halbe Anzahl aufbringen könnten. Das, was augenblicklich gebraucht würde, seien eher Waffen als Menschen. Der Krieg würde gewonnen oder verloren durch die Maschinenindustrie. Jeder Tag des Stillstandes bedeute Gefahr. Er ermahne deshalb Arbeitgeber und Arbeiter eindringlich, für das öffentliche Wohl zusammenzuarbeiten.

## Italiens Vorbereitungen.

Rom, 2. März. (W. L. B.) Am Schluß der gestrigen Sitzung brachte Ministerpräsident Salandra einen Gesetzesentwurf ein betreffend Maßnahmen für die Verteidigung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht ein. Die „Tribuna“ sagt: Der Entwurf enthält Maßnahmen gegen die Spionage und setzt Strafen fest für Vergehen gegen die Konterbande betreffenden Bestimmungen. Er sieht Beschränkungen der Pressefreiheit in dem Sinne vor, daß die Veröffentlichung von Nachrichten über militärische Bewegungen verboten wird.

## Kriegsrede

### des türkischen Kammerpräsidenten.

Konstantinopel, 1. März. (W. L. B.) In einer Rede in der Kammer betonte Präsident Halil Bei, daß die von der Kammer gezeigte Einigkeit ein schönes Beispiel für die künftigen Generationen darstelle, welches zeige, daß, wenn das Vaterland in Gefahr sei, Parteistreitigkeiten, politischer Ehrgeiz und Haß schwiegen. Der Präsident erinnerte sodann an seine früheren Erklärungen, daß die türkische Armee zur Zeit des Balkankrieges das Opfer eines Mißgeschicks geworden sei, aber das man sich trösten müsse; die vier Monate des gegenwärtigen Krieges seien eine vollkommene Bestätigung seiner Worte. Die heldenhafte Tapferkeit unserer Armee, fuhr Halil fort, vermehrt das Vertrauen unserer Freunde und ruft das Erstaunen und die Achtung unserer Feinde hervor. Halil erinnert an die Siege bei Köprülü und die Flucht der Russen bis nach Sarikamisch, wonach neue von den Russen herangeführte Kräfte sich vor der Standhaftigkeit der osmanischen Armee erschöpft hätten. Der Kammerpräsident hob weiter hervor, mit welchem Eifer die türkische Armee nach Durchquerung wasserloser Wästen und Besiegung des Feindes zum Ostufer des Suezkanals vorgeückt sei und dann Erkundungsabteilungen abgesandt habe, welche, unter dem Feuer der feindlichen Schiffe und Beschießungen übersehend, das Westufer des Kanals erreichten und nach Erfüllung ihrer Aufgabe zurückkehrten. Diese Armee, welche mit vieler Vorsicht ihre Vorbereitungen vollende, werde demnächst den entscheidenden Schlag führen und das schöne, fruchtbare Ägypten von der Tyrannei des Feindes befreien können. Er sei auch überzeugt, daß die Engländer aus der Gegend von Vostoraq hinweggezogen würden. So auf allen Fronten besiegt, fuhr Halil fort, hat der Feind in einem Anfall von Verzweiflung begonnen, die Dardanellen anzugreifen. Es steht außer Zweifel, daß der Feind, welcher mit der fortgesetzten Beschlebung, welche seine mächtigen Panzerschiffe seit einigen Tagen unternahmen, nicht das geringste als Erfolg zu betrachtende Ergebnis erzielt hat, hier den härtesten Schlag von der osmanischen Tapferkeit erhalten wird. Es ist unwahrscheinlich, daß der Feind durch die Meerengen hindurchkommen kann, aber selbst wenn er hindurchkommt, kann er sicher sein, daß er mit diesem Erfolg unsere Entschlossenheit nur vermehrt. Er soll wissen, daß der größte Teil unserer Armee hier zusammengezogen ist und daß Maßnahmen gegen jede Möglichkeit getroffen sind. Möge

die Welt erfahren, daß wir entschlossen sind, unser Leben zu führen, nicht indem wir auf der Erde kriechen, sondern indem wir wie die Löwen kämpfen, wir wollen nicht unsere Stirn in den Staub beugen wie Henglinge und Elende, sondern unsere reine Stirn hochauferichtet tragen wie eine edle und unabhängige Nation.

## Die zurückbeförderten Zivilgefangenen.

Bern, 2. März. (W. L. B.) Mit dem letzten Transport von 115 Oesterreichern und Ungarn sowie 710 Reichsdeutschen erreicht die Zahl der durch Vermittlung des schweizerischen Bureaus in Kollektivtransporten heimgeschafften Zivilinternierten folgende Höhe: Franzosen 10 850, Deutsche 7 630, ferner Oesterreicher und Ungarn 1970, insgesamt 20 450 Personen, dazu 1500 Franzosen, die von Schaffhausen mit eigenen Mitteln einzeln heimgekehrt. Das Heimbesorgungsbureau hat seine Tätigkeit in der Winternacht vom 1. zum 2. März geschlossen, dagegen bleibt das Zentralbureau in Bern (Leiter Professor Köhliberger) zur Abwicklung der Geschäfte, der Abrechnung und Korrespondenz bis auf weiteres noch tätig. Der Schlußbericht ist vor Ostern zu erwarten.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Liebesgaben für Kriegsgefangene.

Amlich, Berlin, 2. März. (W. L. B.) Durch Vermittlung einer neutralen Macht ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß es englischen Wohltätigkeitsgesellschaften, insbesondere der Church Army gestattet werde, Liebesgaben nach Deutschland zur Verteilung an die in Deutschland befindlichen englischen Kriegs- und Zivilgefangenen abzusenden. Nachdem englischerseits die Gegenseitigkeit zugesichert worden ist, ist diesem Antrage deutscherseits entsprochen worden und der Postpaketverkehr bei Liebesgabenabsendungen aus England in ähnlicher Weise zugelassen worden, wie bei den Liebesgaben für französische Kriegsgefangene. Diese Paketsendungen genießen die Porto- und Zollfreiheit. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß auch deutsche Wohltätigkeits- oder sonstige Vereine an die in England und dessen Kolonien befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen Liebesgabenabsendungen abzusenden. Solche Sendungen (oder auch Geldbeträge dafür) können dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge (Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus) zugestellt werden, das die Gaben schnell und sicher nach England befördert.

Es steht aber auch nichts im Wege, die Sendungen unmittelbar an die Kommandanturen der verschiedenen Kriegs- und Zivilgefangenenlager in England oder an das Prisoners of War Information Bureau in London mit der Bitte um Verteilung an bedürftige deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in England zu richten. In den letzteren Fällen empfiehlt es sich, den genannten Zentralkomitee von jeder Sendung Kenntnis zu geben, damit die verschiedenen Gefangenenlager in England tunlichst gleichmäßig bedacht werden.

### Der deutsch-belgische Briefverkehr.

Briefsendungen aus Deutschland nach Belgien und umgekehrt durften bisher nur in deutscher oder französischer Sprache abgefaßt werden. Fortan ist für diesen Briefverkehr auch die Anwendung der flämischen Sprache gestattet.

## Letzte Nachrichten.

### Die holländischen Reeder und der Handelskrieg.

Amsterdam, 2. März. (Privattelegramm des „Tribuna“.) Der „Telegraaf“ und das „Handelsblad“ melden, daß man in Amsterdamer Reederkreisen eine abwartende Haltung beobachtet, während die Rotterdamer Reeder erregter sind, da sie größtenteils deutsche Produkte verfrachten. Das „Handelsblad“ fragt, was mit den schon beladenen Schiffen geschehen solle; man könne doch schwerlich verlangen, daß sie gelöscht werden. Man erwartet eine nähere Erklärung, was als deutsches Gut zu gelten habe. Längst werden für Amerika bestimmte deutsche Exportgüter als amerikanisches Eigentum über See geführt, da sie franko Seehafen geliefert und dort auf Rechnung und Gefahr amerikanischer Käufer weitergehen. — Wenn England und Frankreich das nicht weiter zulassen, werden außer den neutralen auch amerikanische Transportgesellschaften davon betroffen. Es fragt sich, ob Amerika das Eigentum seiner Bürger konfiszieren läßt. Die amerikanische Regierung selbst ist infolge der Hauptrolle, die die Einfuhrrechte im amerikanischen Budget spielen, höchst interessiert. — Die Ausfuhr deutscher Güter nach Hollandisch-Indien ist ausschließlich Sache Hollands, dessen Regierung diese allein regeln muß.

### Minerexplosion an der holländischen Küste.

Amsterdam, 2. März. (W. L. B.) Nachrichten aus dem Haag zufolge wurde heute vormittag gegen 9½ Uhr an der Küste bei Pieriksee, Provinz Zeeland, eine Mine angeschwemmt, die explodierte, wobei fünf Personen getötet wurden. Auch bei Westkapelle wurde eine Mine angeschwemmt.

### Die Kämpfe in Nordpolen.

Genf, 2. März. (Z. U.) „Gazeta“ meldet aus Petersburg: Die Kämpfe an der Front der vier Flüsse Njemen, Bobr, Kazov und Weichsel dauern fort. Die Panzerautomobile der Russen haben zu verschiedenen Malen Umgehungsversuche der Feinde verhindert. Ein heroischer Kampf findet in der Gegend bei Mlawka statt, zwischen der Eisenbahn und dem Fluß Drisj. Ein starkes deutsches Kontingent vervielfacht seine Angriffe gegen ein Dorf von großer strategischer Bedeutung. Mehrfach sind die Deutschen durch ihre Panzerangriffe bis an die russischen Verschanzungen und Stacheldrahtverhaue gelangt. Doch dort sind bis bisher jedesmal aufgehalten worden. Die Russen sind noch im Besitze des Dorfes. Die Zahl der Überlebenden unverwundeten Verteidiger beträgt zurzeit jedoch nur noch 60 Mann.

### Die Dardanellenkämpfe.

Konstantinopel, 2. März. (Z. U.) Es bestätigt sich, daß einzelne Forts der europäischen Dardanellenseite unter dem Feuer der Schlachtschiffe schwer gelitten haben. Die Engländer eröffnen das Bombardement aus so weiter Entfernung, daß die Geschütze der Forts es nicht wirksam erwidern konnten. Das Feuer der Engländer war durchaus nicht genau, jedoch überschütteten sie die Befestigungen mit so viel Geschossen, daß sie nach mehreren Stunden einen Teil ihrer Absichten erreicht hatten. Im übrigen hat die feindliche Flotte noch Verstärkungen erhalten, so daß zurzeit über 40 große Kampfschiffe vor den Dardanellen liegen, abgesehen von einer großen Zahl kleinerer Kreuzer, Torpedobooten usw. Ein weiteres Vorgehen der Engländer wird zunächst durch die sehr starke Minenlinie und dann durch die inneren Forts unmöglich gemacht werden. Ein Angriff von der Landseite her würde den Türken sogar willkommen sein, da dort eine sehr starke Armee, aus den besten Truppen bestehend, zusammengezogen ist.

Angenehm-Verpacktes  
Trautwein Cigarettenfabrik.

**Manoli-Zigaretten**  
**Dandy 3 Pf**  
Jetzt auch mit und  
ohne Mundstück

**BOSNIA**  
CIGARETTEN  
Etwas  
ganz Besonderes

**MAL-KAH**  
Company  
Berlin N. 20 Pankstr. 65.

**Muratti-**  
Cigaretten  
Fordert  
nur KADDA-Cigaretten

**Kressin**  
Raucht herbste  
Cigaretten  
Alkoholf. Getränke

**Franz Abraham**  
Kant. Messing- u. Röhrenwerk  
Kall. 0.30 Barwitzstr. 2. Fernsp. 2. 13790  
Belichtungsgeschäfte  
Büttner, A., Danzigerstr. 24.

**Bade-Anfalten**  
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 24.  
Bad Alt-Moabit 104 Lief. aller  
Krankh.

**Bad**  
Landberger Str. 107,  
Göllnowstr. 41, Lief. aller  
Krankh.

**Central-Bad**  
Neukölln  
Anzengraberstr. 25.  
Koppenstr. 23  
Königs- u. Köpenicker-  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Bad Ostend Boxbag-Str. 17  
Lief. all. Kassen

**Silesia-Bad**  
Schlesische Str. 21.  
Bäder- u. Konditoreien  
Asmus, Wilh., Uckermarkstr. 11.  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a.  
Waldemar Brose, Driesenerstr. 3  
Hermann Busch, Grünauerstr. 12.  
Frisch, Eichenstr. 18.  
Emanuel Fiedler, Mirbachstr. 28.  
Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.  
Kob. Gehler, Wildenbruchstr. 68.  
G. Götz, Wiesstr. 21, Nr. 4, gr. Kbn.  
E. Großherdt, Wittstockstr. 7.

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Treptow  
gegründet 1892.

Er erscheint 2 mal  
wöchentlich.

**Phänomen**  
MONA  
LISA  
Die neue 33  
Qualitäts-  
Cigarette

**Bäcker- u. Konditoreien**  
A. Großhinsky, Boxhagenstr. 27.  
Gust. Helmschel, Eitelbergerstr. 26  
Otto Hoff, Chorinerstr. 13.  
F. Klosewitzer, Schönebergstr. 16.  
R. Klink, Weißens., Lehderstr. 120.  
R. Kleiner, Schulstr. 102.  
Max Kühn, Triftstr. 9.  
Felix Kynast, Dänenstr. 1.  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
P. Müller, Willibald-Alexanderstr. 41.  
G. Müsch, Seidenhofstr. 111.  
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9.  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
J. Popp, Anstettstr. 10, Seidenhof-Str.  
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.  
Osw. Rauhut, Gärtelstr. 27.  
Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11.  
Fritz Richter jr., Liebenwalderstr. 13.  
H. Saunus, Alleensteiner Str. 25.  
Emil Schaller, Schreinerstr. 25.  
Paul Schmitt, Amsterdamerstr. 2.  
Adolf Schulz, Florinstr. 79 Pank.  
Filialen in allen  
Stadtteilen.

**Turban**  
E. Weber, Provinzstr. 99, Seidenhof-Str.  
Karl Weinhold, Kamerunerstr. 57.  
Emil Werk, Samariterstr. 8.  
Otto Wolff, Treptow, Krüdenstr. 16.  
Zachan, Gr. Lichterf., Cassenstr. 55a.  
Paul Zastrow, Stromstr. 32.

**Bandagen, Gummiwaren**  
R. Bauke, Stralauer Str. 64.  
J. Kabeilch, Rosenthalerstr. 25.  
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 166.  
H. Neusch, Breitstr. 24, Spandau.  
M. Spranger, Reinickendorferstr. 11.  
Beerdigungsanst., Sargm.,  
J. Laxczinski, Gerickestr. 20.  
H. Petermeier, Streibitzerstr. 8.

**Butter, Eier, Käse**  
**Concordia-Butterhandl.**  
des Ostens  
15 Detail-  
geschäfte

**Bruno Freche**  
Gebr. Gause.  
25 eigene Filialen.

**August Holz**  
15 Detail-  
Geschäfte.  
Hubertus, Butterhdg., Strassberg  
Herm. Kunert, Culmatr. 29.

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Kosmalla, E., 4**  
Detail-  
Geschäfte

**„Nordstern“**  
„Mercur“

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Gebr. Siebert**  
Wiener Str. 65, Buttor, Eier, Käse.

**Uhly & Wolfram**

### Bezugsquellen-Verzeichnis.

**Bierbrauerei, Bierhdg.**  
**Brauerei Bötzw**  
empfehlen  
Qualitätsbiere  
ersten Ranges.

**W. Adelnig & A. Hoffmann**  
Akt.-Brauer, Potsdam-Big. Niederl.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15  
Brandenburg a. H. Wilhelmstr. 110  
Spez. Potd. Stangenbier

**Berliner**  
**Bock-Brauerei**  
empfehlen  
anerkannt vorzügl. Bier  
**Osw. Berliner**  
Ur-Berliner, hell und dunkel  
Hempel, E., Müllerstr. 138d.  
Luisenparkerei Weißensee.

**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätsbiere.

**C. Habels Brauerei**  
hell - Nabelbräu - dunkel.  
**Weissbier - Caramelbier**  
Brauerei E. Willner  
Fankow.

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Paß- und  
Flaschen-Biere.

**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
Trinkt Wanninger Bier!

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 87.**  
**Weissbier, C. Breithaupt**  
Faldenstr. 97 Tel.-A. VII. 2624.

**Blumen und Kränze**  
**Cigarrenfabriken**

**JUHL**  
250 GESCHÄFTE

**G. Kaphan**  
Verkaufsstellen  
in allen Stadtteilen.

**Carl Martenzen**  
Cigarren-Fabrik  
Filialen in allen Stadtteilen.

**J. Neumann**  
200 Niederlagen.  
**Richter & Franke**  
Filialen in all. Stadtteilen

**Cacao, Schokolad., Confitur.**  
**SAROTTI**  
Kakao und Schokolade  
preiswert  
beliebt in jedem Haushalt.

**Seiffert, K.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Cylix, G.,** Filialen all  
Stadtteilen.

**Cigarrenhandlungen**  
Fanny Baumert, Landowstr. 23  
C. Kahlemann, Turmstr. 47.  
O. Kanze, Reinickendorfer Str. 14

**Drogen und Farben**  
Günthers-Str., Drog., Müllerstr. 31  
W. Kleemann, Berg-Dräger-Str. 37  
Werder-Drogerie, Britz, Seidenstr. 55

**Elion, Stahlwaren, Waffen,  
Werkzeuge**  
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Otto Beilig, Wrangelstr. 59.

**G. Brucklacher, Granion**  
A. Elbertin, Ackerstr. 132.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 9.  
Röhmann, P., Müllerstr. 40b, E. Beest.

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**W. Beck**  
Inh.: Herm. Gerbach  
Charlottenburg, Berlinerstr. 65-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
C. Billerbeck, Charlott., Krans 31-19  
Franz Boruslak, Löbkestr. 24  
Fr. Brauer, Neukölln, Wulststr. 56  
Wrange 54 Brunnen 26  
Drost, Frankfurter Allee 123.  
Willy Dorfmann, Wilmersd., 62  
Bruno Dörr, Mantelstr. 29  
Dresden, Fleisch-Cent. Driesenerstr. 17.

**Otto Elgner**  
Gontardstr. 2 Ein-  
gang vom Plaz.  
A. Fahl, Nölln., Libenstr. 25  
F. Feigler, Cöp., Flemingstr. 39  
E. Fensch, Alleensteiner Str. 12.  
Fleischer, Frankfurter Allee 150  
Willy Gericke, Petersburgerstr. 51  
N. Granwald, Kopenburgerstr. 68  
R. Holzträger, Putzburgerstr. 46.  
Hubrich, Ramlersstr. 23.  
Wilh. Kurr, Wrangelstr. 63  
H. Leibnitz, Nölln., Schönstedtstr. 16  
August Lincke, Alte Jacobsstr. 28.  
Roetkestr. 43  
Luebke, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.  
Paul Matschke, Theaterstr. 17

**G. A. Müller**  
Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.  
Spezialität: Frankfurter Würstchen

**A. Möbes Nchf.**  
Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4  
K. Nörger, Nölln., Friedelstr. 21  
G. Peih, Androssstr. 77b.  
Gustav Pfenning, Goltzowskyst. 12  
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a  
H. Rose, Treptowstr. 11, Markthalshof.  
P. Schmatzagen, Belferstr. 11  
Otto Schreiber  
Hohenfried-  
bergerstr. 1.  
Paul Spenn, Kopenburgerstr. 35  
Gustav Stolz, Hussienstr. 44.  
E. Thier, Seidenhofstr. 2, Schwarzb. 11  
P. Wendt, Simon Dachstr. 37.  
P. Wunderlich, Bötzwstr. 38.  
Paul Zwarz, Landsberg Allee 134.

**(Haus-u. Kuchengeräte)**  
G. Geiger, Schleiferei, Müllerstr. 7.  
Reinickend. St. 6  
Bill. Bezugsqu.

**Eisigfabriken**  
**Glagow & Schwabe**  
Gitschner  
Straße 63.  
**Timmer-Essig**  
überall erhältlich!

**Fische, Conserven**  
Max Pisahn, Adalbertstr. 19.  
Stückzahl Rischew. Gr. Frankf. St. 112  
P. Stehr, Fischhdg., Röhrenstr.  
Weidenweg 19 Fil. Frankf. Allee 1152

**Herren- u. Knabengard.**  
**J. Baer**  
Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3.  
Eckhaus Linienstr.  
Leske & Sipeckl, Schick-Allee 79a

**Hüte, Mützen, Pelzwar.**  
**H. Kauf beim Hutmacher!**  
Gebr. Belase  
Müllerstraße 155.

**A. Lemaitre, Wilmsstr. 132.**  
Schoor, Herm., Wilmsd., St. 46.  
Vester, E. Kottbuser-  
str. 18/19

**Kaffee-Rosterei**  
**A. Zuntz sel. Wwe.**  
Filialen und Niederlagen  
in allen Stadtteilen  
Nur reelle Qualitäten

Anerk. vertriebs Besondere  
Kaffee, Tee, Kakao  
und Schokolade etc.  
Hamburger Kaffee-Importgeschäft  
**Emil Tengelmann**

**Kaufhäuser**  
**Paul Falkenstein**  
Hochst. Str. 1  
Rabattmarkt

**Kohlen, Koks, Holz, Briketts**  
H. Golke, Gensersstr. 1. & Kriegerstr.

**Kolonialwaren**  
C. Böse, Provinzstr. 109, Seidenhof-Str.  
Fritz Höbner, Schillmannstr. 11.  
Franz Möwa, Muskauerstr. 34  
O. Pösch, Schwedenstr. 18  
Frankfurter Malpiazstr. 52/58  
Ronge, Otto, Nölln, Hermannstr. 55.  
A. Sittinat, Nölln, Seidenstr. 51-53  
Erich Thiel, Weiss., Langhausstr. 139.

**(Kurz-, Weid-, Wollw., Treibg.)**  
Hoppe, E., Scharnweberstr. 23.  
Hermann Meyer, Schönebergstr. 21.

**Mehlhandlungen**  
**Bethke, Georg,** Meakner-  
str. 44, Eberstr. 11, Kaiser-Friedr.  
Str. 64, Woserstr. 189, Friedelstr. 23.  
Treptow, Grün-Str. 44.

**Frese, Ernst** 5 Geschäfte  
im SO.

**Gaede, Otto** Charlotten-  
burg.  
Ernst Hoffmann Kolonnenstr. 4.  
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.  
F. W. Sichter, Wrangelstr. 75  
Ecke Currystr.

**Möbelmagazine**  
P. Bock, Klosterstr. 85, Spandau.  
J. Kempel, Stephanstr. 23.

**Molkereien**  
C. Braun, Eidensstr. 25  
Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.

Untenstehende Geschäfte  
empfehlen sich b. Einkauf.

H. Friedrich, Straßburgerstr. 43a  
F. Galle, Metzgerstr. 28.  
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 64.  
A. Siebert, Weidenbergerstr. 12.

**„Schweizerhof“**  
Meierei und Milchkanstalt.  
Emdener Str. 46 u. Tel. U 2506.  
Wodrich, Putzburgerstr. 35.

**Motrichfabrik**  
**Glagow & Schwabe**  
Gitschner  
Straße 63.  
**Tamborini Motrich überall!**

**Nähmaschinen**  
**Bellmann, E.,** Gollnowstr. 36  
Waschmash.

**Singer**  
Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.

**Obst, Gemüse**  
Fritz Wolff, Neanderstr. 45.  
**Optiker, Mechaniker**  
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.  
Schubert, Carl, Nölln, Borgstr. 14  
W. Zapletal, Frankfurter Allee 148

**Photogr. Apparate**  
M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 3.  
auch Gelegenheitsk.  
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.  
**Photograph. Ateliers**  
R. Maerz, Bodestraße 65.  
Rud. Obigt, N. Reinickendorferstr. 3

**Pianos**  
Kottbuserstr. 3  
Kauf, Miete, Teilzahlg.  
**R. Vierling**

**Roschlichterleien**  
E. Woldich, Nölln, Lindenstr. 41.  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Nölln, Bernauerstr. 49

**Schuh-, Schuhmach.**  
K. Lück, Charl., Treptowstr. 49.  
Peterson, Ost., Müllerstr. 145.

**Seifen**  
**Schneewittchen-**  
Bleichseifenpulver  
Alleinfabrik: Grubig, Potsdam

**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

**Vericherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung - Schützen-  
Sterbekassenversicherung, Straße 3

**Wirtschaftl. Etablissements**  
L. Giese, Schulstr. Ecke Maxstr.  
A. Groß, Henningsdorferstr. 10  
Schöneberg  
Hackepeter Hauptstr. 139.

**Die erste selbstspiel. Doppelgeige**  
**Patzenhofer**  
J. Guggenberger, Rosenthalerstr. 54.  
**Riebeck-Ausschank**  
Alexanderstr. 55 - Theat. Konzort  
O. Rohloff, Uferstr. 1, Brauerkühlplatz

**Original-Schultheiß-Ausschank**  
Alexanderpl., Rich. Schloßhans  
**Schultheiß - Ausschank**  
Am Hiesing Bahnhof Janowitzbrücke  
**Zahnarzt**  
W. Best, Skallenstr. 41 u. Wrangelstr.  
M. Dresler, Grätzerstr. 701, Treptow.

**Meierei**  
**C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
06103  
Kitester und grösster  
Milchwirtschaftlicher  
Grossbetrieb

**W. Ballin & Co.**  
Cognak-Brennerei  
Dampf-Likörfabrik  
Nur Qualitätsalkohol.

**Hugo Boling**  
49 Filialen in allen Stadtteilen.

**P. Kirchner & Co.**  
Cognak, Likörfabrik  
**Kirchners Araber.**  
Groß, Zur Sonne, P. Friedberg.

**Otto Albert Schulz**  
Frankfurter  
Allee 156  
Groß-Destillation, Ausschank

**Herm. Meyer & Co., Act.-  
Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

**Oswald Nier**  
20 Filialen und Weinstuben  
Brunnenstr. 18  
und Filialen  
Eck Verh. a. Eger-Pr.

**Ignatz Sello**

**Underberg-**  
**Boonekamp**  
Anerkannt bester Bitterlikör

**Sprit- und Likörfabrik**  
Ringfrol  
**m. & W. Müller**  
Buckowerstr. 78.

**EPFZ**  
St. Serowka, Balken, Kadowstr. 34a  
**Federhof**  
Carl Teich, Brot- u. Pflanzkererei  
**Königs-Wurstwaren**  
G. Hübscher, Lützowstr. 19  
Kaufhaus Emil Bergmann

**Mahlsdorf**  
Rud. Grundow, Buckera, Koldiers,  
Café, Bahnhofsstr. 31  
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

**Mariendorf**  
E. Tietz, Buck., Gr.-Boerenstr. 128.  
H. Wagner, Köpenick, 11, Fiesch-Werstr.

**Neukölln**  
C. Kamper, Bergstr. 107, Uhr, Glöw.  
Krause, Nölln, Friedr. St. 78, Schwesstr.  
Fr. Pannock, Bergstr. 135, Lederw.  
**Wieder-Schönhausen**  
O. Stiem, Schlichter, Bau, Wils-Str. 14  
K. Wilke, Schlichter, Lindenstr. 10.

**Spandau**  
Karl Heinrich, Buck., Schäferstr.  
Schneiderlein, Reichenstr. 5, Fleisch-  
Wurst.

**Tempelhof**  
J. Hohmann, Buck., Friedr. Wils-Str. 37.

**Weißensee**  
P. Jürgen, Köpenick, Berl. Allee 188.  
Thüding's Drogerie, Weissensee  
Otto Obst, Fl. u. Wrasse, Eisenstr. 70.

**Wilhelmsruh**  
Wendler, Kühlenberg, Köpenick, Hauptstr. 19

**Zossen**  
**Warenhaus S. Cohen**

**Theater für Mittwoch, den 3. März:**  
**Berliner Theater**  
8 Uhr: **Extrablätter!**

**Deutsches Künstler-Theater**  
7 1/2 U.: **Egmont.**

**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Oberon.**

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
8 Uhr: **Figaros Hochzeit.**  
Oper von Mozart.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: **Familie Ptaschnok.**  
Helbring contra Helbring.

**Kleines Theater**  
8 Uhr: **Der kategorische Imperativ**

**Komische Oper**  
8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen.**

**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Bunter Abend.**

**Lessing-Theater**  
8 Uhr: **Jugendfreunde.**

**Lustspielhaus**  
8 1/2 U.: **Die Orientreise.**

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Woran wir denken!**

**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: **Der liebe Papi.**

**Theater des Westens**  
8 Uhr: **Rund um die Liebe**

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
8 Uhr: **Hedda Gabler.**

**Trianon-Theater**  
8 1/2 U.: **Das Liebesnest.**

**Volksbühne. Theater am Bülowplatz**  
8 1/2 U.: **Die Kreuzelschreiber.**

**Walhalla-Theater**  
4 Uhr: **Dornröschen.**  
8 Uhr: **1914.**

**URANIA Taubenstr. 48/49.**  
4 Uhr (Halbe Preise):  
**Die Weichsel und die masur. Seen.**  
Abends 8 Uhr:  
Professor Eucken:  
**Deutschland und das Ausland.**

**WINTERGARTEN**

**Fritzi Massary**  
**Olga Desmond**  
sowie der  
**neue**  
**März-Spielplan!**  
**Kleine Preise!**

**Casino-Theater.**  
Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Das neue dreifache Volkstheater:  
**Der Herr Kommerzienrat.**  
Dazu das erstklass. Spezialität-Program  
Neuester Kriegerbilder ufm. ufm.  
Sonnt. 4 U.: Durch Klippen u. Wellen.

**Theater-Folies-Caprice**  
8 1/2 U. Posener-Theater 8 1/2 U.

**Sprechstunde.**  
Ein angenehmer Herr.  
**Martin Kettner a. G.**

**Zirkus Alb. Schumann**  
Mittwoch, 3. März, Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Extra-Vorstellung.**  
u. a. Artur Saxon-Trio mit  
ihrer lebenden Automobildrücke.  
4 Circus 4  
in ihren hervor. Leistungen.  
**Octavio**  
mit ihren dressierten Tieren.  
**Der Sprung einer aus 25 m Höhe**  
Gebr. Ernst u. Oskar Schumann.  
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:  
**Ost und West**  
Großes patriotisch. Schauspiel aus  
der Gegenwart in 4 Akten

**Palast-Theater**  
Das große Variété-Programm  
u. die interess. Lichtspiele.  
Wochent. 8, Sonnt. 3 1/2, u. 8 U.

**Verkäufe.**  
Teppiche mit kleinem Fehler, sehr  
billig. Gardinen, Portieren, Stepp-  
decken, Tischdecken, Dimantdecken, sehr  
billig. Bewanderte 5 Prozent  
Rabatt. Teppichhaus Brann, Fiedlerstr.  
Markt 4 (Bahnhof Börje). 24/44

**Monatöngänge**, nur wenig ge-  
tragen, Paletots, Mäntel, Dolan, Ge-  
schäftsanzüge werden spottbillig  
verkauft. Die elegantesten Anzüge  
sind teilweise billig zu haben. Mit-  
bekannte Firma. Mag. Weh, Große  
Frankfurterstr. 88.

**Teppich-Thomas, Oranienstr. 44**  
spottbillig lardlederhüte Teppiche,  
Gardinen, Vorwandstücken 5 Prozent  
Ermäßigung.

**Monatöngänge und Winter-  
mäntel** von 5 Mark sowie Dolan von  
1,50, Gebrochene von 12,00,  
Frack von 2,50, sowie für forpulenten  
Figuren. Neue Garderobe zu namend  
billigen Preisen, aus Plandienen ver-  
fallene Sachen kauft man am billigsten  
bei Mag. Wulststr. 14.

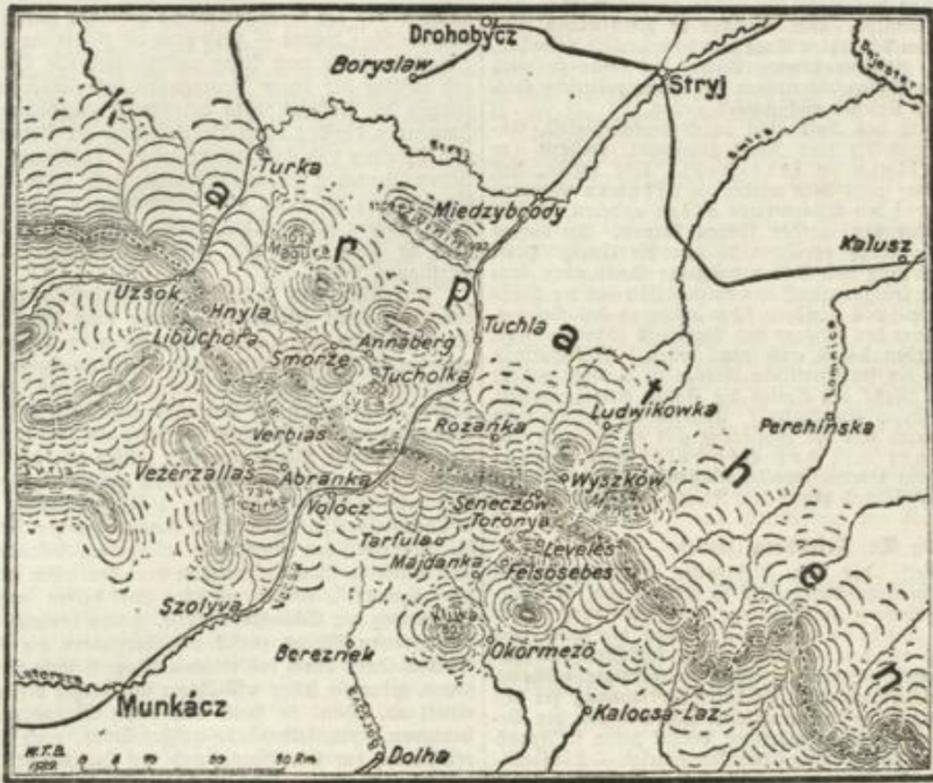
**Gelegungsstücke, Frühjahrs-  
kostüme, Paletots, Sportmäntel, Tramer-  
mäntel, schwarze Tramermäntel,  
Röde, Blusen, Kinderkleider** bereit  
aus Arbeitsstücken spottbillig. Meyer,  
Wulststr. 13, I. Etage. Sonntags  
geöffnet. 2985/84

**Möbel.**  
Brette nur jetzt im Kriege, nie  
miederkleiner: Englische Seiffelde  
28, Rubelstr. 24, englischer Antleide-  
drant mit Wäschkasten und Facette-  
spiegel 88, berlebe etwas kleiner  
63 Mark, Büchertisch, Trumeau 30,  
Verlino, Kleiderdrant mit Ver-  
guldung 39, Sofa 30, großer Teppich,  
gute Qualität, schönes Kuster 29,  
wundervolle, billige Schlafzimmer,  
herrliche, billige Wohnzimmer, Rüge-  
hebenstr. 58, Schreibtisch 38, Aus-  
sichtstisch 16, Kuchentisch 3,50, Kuch-  
entisch 19, Ertich, Alte Schönhauser-  
straße 32.

**Möbelkredit.** Komplette Woh-  
nungseinrichtungen, einzelne Möbel-  
stücke. Geringe Anzahlung, be-  
queme Abzahlung. Kredithaus  
Lützenhain, Reppenstr. 77/78,  
Ecke Brüderstr. nahe Janowitz-  
brücke.

**Möbel-Cohn.** Ganz geschäft:  
Große Frankfurterstr. 68, Grüner  
Weg 109. Im Norden: Bad-  
str. 47/48. Wohnungseinrichtungen  
sowie einzelne Möbelstücke aus be-  
quemster Teilzahlung. Etude und  
Rüge (von von 15 Mark Anzahlung.  
Einzeln Möbelstücke 3 Mark An-  
zahlung, Wochenrate 1 Mark. In  
dunklen Räumen Nieferauswahl. Niefer  
auch auswärts. Abzahlung wochent-  
lich oder monatlich, ganz nach Wunsch.  
Erhöhe Rücksicht bei Krankheit und  
Arbeits

Die deutschen Truppen in den Karpathen.



II.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Im Januar wurde im nördlichen Ungarn eine neue Armee gebildet. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppenteile wurden unter dem Oberbefehl des Generals der Infanterie von Linington vereinigt zum Vorgehen über die allgemeine Linie Kalocsa-Lag-Okrmezo-Bolocz-Bezergzallas und nordwestlich gegen die russischen Stellungen auf den ungarisch-galizischen und nördlich gelegenen Passhöhen. Die operativen Bewegungen dieser Armee waren in Einklang zu bringen mit dem Vordringen der österreichisch-ungarischen Nachbartruppen.

Gegen Ende Januar trat die neue Armee, in ihren einzelnen Gruppen teilweise vermischt mit österreichisch-ungarischen Verbänden, den Vormarsch an in den Tälern des Talabor, Kognyag, der Latorga, der Veria und westlich, während schwächere Kräfte des Bundesgenossen in allgemeiner Linie Kalocsa-Lag-Gegend von Bolocz sicherten. Hier spielten sich zunächst nur Kämpfe von geringerer Bedeutung ab, bis die Gesamtoperationen der Armee auf Straße Okrmezo-Toronya und bei Bolocz-Bezergzallas auf stärkere Feinde stieß. Einer deutschen, hinter dem rechten Flügel der linken Nachbartarmee an den Ujof-Pass vorgeschobenen Division fiel die Aufgabe zu, aus Gegend Onia zunächst in Richtung Libuchova in den Rücken des vor der Front der neuen Armee stehenden Gegners vorzustoßen.

Verzettelt in der letzten Januarwoche (25. 1.) hatte die Armee in erfolgreichem Vorgehen das Höhengelände bei und östlich Leveles gewonnen, feindliche Gegenangriffe von Toronya abgewiesen, das Massiv des Menscil (1346) besetzt und die Gebirgskette des Aliva (908) und westlich davon nach schweren Kämpfen gestürmt. In der Front wurden wiederholt heftige russische Angriffe auf die Alizila-Höhen (734) mit großen Verlusten für den Gegner abgewiesen, die Vortruppen der Armee nach Einnahme von Bezergzallas in die Gegend Abranka und westlich vorgeschoben.

Wenige Tage später schlug der rechte Flügel den Feind erneut, nahm die Orte Toronya-Felsösebes-Rajbanta-Tarfala und verfolgte den schnell zurückgehenden Feind auf Wjizlow.

Die Operationen wurden in dem schwierigen Gebirgslande durch die Bitterung sehr beeinträchtigt. Fast überwunderschwere Anstrengungen hatten die Truppen im Marsch und besonders im Angriff zu überstehen, ungewohnte Hindernisse des Gebirgskrieges zu überwinden. Mühsam und beschwerlich gestaltete sich der Marsch auf den verschneiten, steil ansteigenden oder in zahlreichen Serpentin auf die Passhöhen sich windenden Straßen. Eis und Schnee, Glätte, tief ausgefahrene Gleise erschwerten den Vormarsch außerordentlich. Ins Angeheure aber wuchsen die Hindernisse und Anstrengungen, sie zu überwinden, sobald die Truppe die Straße verließen und sich zum Angriff entwickeln mußte. Steile, glatte Schneehänge waren zu überschreiten, vereiste Sturzbäche zu überwinden. Häufig sanken die Schützenlinien bis zur Schulter in den Schnee ein. So gestaltete sich der Angriff zu einem unerwartet schweren, mühsamen Vorarbeiten in Schnee und Eis; der einzelne Schütze mußte sich seinen Weg gegen die feindliche Stellung im Feuer des Verteidigers durch den tiefen Schnee ausschaukeln. In diesen Schneegassen mußte der Angriff vorgetragen werden, während der Gegner Hindernisse vor seinen Stellungen in Gestalt von ausgedehnten Schneewällen aufstürzte, die den Angreifer dicht vor den Draht Hindernissen in weichen Schneemassen versinken ließen. Die hereinbrechende Dunkelheit fand die kämpfende Truppe im leuchtenden Schnee dicht vor den Stellungen. Wochenlang erwartete die Armee die ihren vielen Angriffen auf den Passhöhen und einzelnen Gebirgsrücken in Höhen von über 1000 Meter, häufig in eisigem Winde bei 20 Grad unter Null, den heranbrechenden Tag und den zu erneuernden Angriff.

Hier haben die Truppen in den ungewohnten Verhältnissen der Kriegsführung im winterlichen Hochgebirge Höchstleistungen vollbracht, wie wohl kaum eine andere Truppe in ähnlicher Lage. Schwere Opfer mußten allerdings gebracht, Verluste ertragen werden.

Unter solchen Verhältnissen konnten die operativen Bewegungen und die Angriffe nur schrittweise und langsam vor sich gehen. Der frontale Angriff unter solchen Schwierigkeiten kostete bedeutende Verluste, die Umfassungsbewegungen beanspruchten lange Zeit in den wegearmen, vollständig verschneiten Nebentälern, eudiose Zeit, wenn sie quer über die Gebirgskette angelegt werden mußten. Wenn gleichwohl die Armee vordrang und auch heute

mit Erfolg vorwärts geht, so ist dies einer wirklich unergleichlichen Truppe zu verdanken und einer Führung, die sich den neuen Verhältnissen und allen Schwierigkeiten anpassen verstand.

Anfangs Februar stießen die angeführten Umfassungsbewegungen auf starke Fronten, die der Gegner durch herangezogene Verstärkungen besetzt und besetzt hatte. Teile des rechten Armeeflügels, umfassend gegen den Bergfalle von Wjizlow vorgehend, warfen nach heftigem Kampf den Feind auf Seneczow zurück. In der Front wurde der Verbias-Sattel (an Straße Bezergzallas-Tucholka) gestürmt. Auch die auf dem linken Flügel umfassend gegen den feindlichen Rücken angelegte Division stieß in Gegend von Smorze auf eine starke Stellung. Durch neuauftretenden Feind aus nördlicher Richtung in linker Flanke und im Rücken bedroht, befreite sich diese Division durch einen erfolgreichen Angriff auf die Stellung bei Smorze selbständig aus ihrer gefährlichen Lage und griff noch am Abend des 2. Februar einen neuen Gegner bei Annaberg an. Ein Sieg der Division bei Annaberg mußte dem die Passhöhen haltenden Gegner den Rückzug abschneiden. Auch auf der übrigen Front wurden in diesen Tagen weitere Teilerfolge erzielt. Der Ujof-Pass wurde gestürmt; viele Gefangene blieben in unserer Hand. Die Höhen nördlich und südlich des Passes räumte der Gegner einige Tage später und zog sich über Tucholka nach dem Zwinitz I zurück. Die nach siegreichem Angriff bei Annaberg freigemordene Division wurde über Gegend Smorze-Magura in den Kampf gegen die Flanke der starkbesetzten Stellung vor dem rechten Flügel der linken Nachbartruppe und später auf den Zwinitz II eingeseht.

Die Kämpfe, die seit mehreren Wochen im Quellengebiet des Talabor (Gebirgskette des Marczul 1454), in Linie Wjizlow-Sattel-Moganka, in Gegend westlich Tuchla und auf dem Zwinitzrücken geführt werden, sind verlustreich und schwer. Aber mit unerschütterlicher Energie arbeitet sich die Südarmerie von Stellung zu Stellung vor. Die Gebirgshindernisse und Schwierigkeiten des Angriffs werden überwunden und mit ihnen der Feind, der bis jetzt etwa 9000 Gefangene, Geschütze und 13 Maschinengewehre in unserer Hand ließ.

Die Berichte der russischen Presse sprechen von der „bedeutenden Offensivkraft des in den Karpathen operierenden Gegners“; sie kritisieren ihr Zurückweichen „in vorher zugerichtete Positionen“ mit der rüchloslosen Kraft der Offensive des Feindes; sie heben ihr Aushalten an einigen Punkten trotz des „noch immer sehr großen Drucks des Gegners“ hervor; sie rühmen das Festhalten einer Stellung und ihren „heroischen Widerstand gegen zehn aufeinanderfolgende Bajonetangriffe“.

Die unter gemeinsamer Führung kämpfenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen dürfen stolz sein auf diese Anerkennung ihrer Leistungen durch den Gegner.

III.

Bei den bisherigen Kämpfen und Gefechten der zusammengeführten deutsch-österreichisch-ungarischen Armee haben sich die Ski-Kompanien außerordentlich bewährt. Die Nachschaffung ist von den Leistungen der Schneeschuhpatrouillen abhängig; der Infanterist würde zu den Wegen im tiefen Schnee, im mühsamen Steigen von Höhe zu Höhe Stunden gebrauchen, während die Schneeschuhpatrouille diese Strecken in kürzester Zeit zurücklegt. Geräuschlos, fast unsichtbar in den weißen Schneemänteln, huschen diese Patrouillen über die Gänge, durch die bewaldeten Berggräben, erscheinen bald in der Flanke, bald im Rücken der feindlichen Stellungen. Auch zur überraschenden Feuerwirkung von den Passhöhen oder seitlich gelegenen Berggräben sind diese Abteilungen von großem Wert, da sie auch Maschinengewehre auf niedrigen Schlitten mitnehmen können.

Eine vorzügliche Leistung bewies eine etwa 30 Mann starke Ski-Abteilung vor kurzer Zeit im Gelände der Höhen und westlich Okrmezo (im Tale des Kognyag gelegen). Diese von einem Offizier geführte Abteilung erhielt den Auftrag, in der Gegend von Gufzka gegen den Rücken der dortigen feindlichen Kräfte einzugreifen. Auf Umwegen über die verschneiten Höhenzüge gewann die Abteilung zunächst die Flanke, dann den Rücken des Gegners. Hier entwickelte sie unmittelbar auf einer im Rücken des Gegners gelegenen Höhe eine Schützenlinie. Auf ein Zeichen des Führers glitt die Abteilung ab, bremsete etwa 60 Schritt hinter der feindlichen Linie und eröffnete ein rasendes Schnellfeuer auf den völlig überraschten Gegner, der in großer Verwirrung die Flucht ergriff. (W. K. P.)

Abgeordnetenhaus.

103. Sitzung, Dienstag, den 2. März 1915, nachmittags 1 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Loebell.

Das Ansehen des verstorbenen Abg. v. Schenkendorff wird in der üblichen Weise geehrt.

Eine Erklärung vor der Tagesordnung.

Abg. Windler (L.)

gibt als Vorsitzender der verstärkten Budgetkommission folgende Erklärung ab: Wir wissen, daß wir in dem uns aufgedrungenen Kriege zugleich einen Kampf gegen die Lüge zu führen haben. Leider ist es in den meisten Fällen nicht möglich, ein Lügengespinnst sofort zu zerreißen, um so erfreulicher ist es, daß einer Lüge, die sich anscheinend jetzt anbahnt, den Weg durch die europäische Presse zu machen, sofort entgegengetreten werden kann. In der neuesten hierher gelangten Nummer des „Corriere della Sera“ wird mitgeteilt, daß dem „Daily Telegraph“ über Kopenhagen ein Berliner Telegramm zugegangen sei des Inhalts, daß in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses von einem Abgeordneten heftige Angriffe gegen Oesterreich gerichtet und abfällige Neußerungen über den Wert seiner Bundesgenossenschaft gemacht worden seien, und zwar unter lebhafter Zustimmung aller übrigen Abgeordneten. (Lebhafte Zurufe: Unstim!) Als Vorsitzender dieser Kommission stelle ich fest, daß es sich hier um eine Erfindung handelt, der es an jeder Unterlage fehlt. (Lebhafte Zustimmung.)

Zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern.

Abg. v. Pappenheim (L.)

bedauert die Zurückhaltung der russischen Landarbeiter, die aber notwendig war. Wir verstehen die Sehnsucht dieser Leute nach Heimat und Familie und deshalb sollten sie nicht durch Zwangsmassregeln gehindert werden, auf eigene Gefahr über die Grenze nach Hause zu gelangen. Wir haben an sich nicht das geringste Recht, die persönliche Freiheit dieser Leute zu beschränken. Ein Zukunftsdenken dieser Leute im Lande wäre nicht erwünscht; es sollte darauf hingewirkt werden, daß sie wieder an ihre vorjährige Arbeitsstelle kommen. Die Aufsichtsbehörden müssen aber verhindern, daß die Zwangslage dieser Arbeiter von Arbeitgebern zu Lohnrückzahlungen mißbraucht wird. — Die Sparkasseneinlagen übersteigen bereits erheblich die Abhebungen. Möge die Regierung dafür sorgen, daß die Sparkassen den nach dem Friedensschluß zu erwartenden stärkeren Anforderungen genügen können, eventuell auch durch Angreifung ihrer Reserven. Die dringende nötige Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist eine anerkannte Aufgabe des Reichs. Diese große Aufgabe muß mit dem Herzen gelöst werden, es handelt sich da nicht um Armenunterstützung, sondern um Erfüllung wohl erworbenen Rechte. (Zustimmung.) Die Provinzen sind für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht geeignet. Die Kriegsgesetzgebungsgesellschaft sollte sich für die Statistik die Mitarbeit der Landräte, Magistrate usw. sichern. Die jetzige falsche Statistik hat ihren Teil der Schuld an den vorgeschlagenen Mißgriffen.

Abg. Frhr. v. Jedlich (H.):

In dieser ersten Zeit erörtern wir nur Fragen, die mit dem Krieg im Zusammenhang stehen. Die Reichsverteilungsstelle sollte schneller arbeiten. Wir halten die Provinzialverwaltungen für sehr geeignet, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu übernehmen. Natürlich ist es eine Reichssache, aber das Reich selbst ist nicht geeignet für die Durchführung.

Abg. Dr. Badnide (Sp.):

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage und die unter den Parteien getroffene Abrede, diesmal nur unmittelbar mit dem Etat in Verbindung stehende Gegenstände zu erörtern, gehe ich auf die

Wahlrechtsfrage

nicht näher ein. Unsere grundsätzliche Auffassung ist unverändert dieselbe, wie sie seinerzeit in unseren Anträgen dargelegt wurde. Sie hat in den Erfahrungen des Krieges eine weitere starke Stütze gefunden. (Sehr richtig! links.) Um so mehr bedauern wir, daß der Minister in seiner Erklärung, es solle ernstlich erwogen werden, wie die innere Politik mit den veränderten Zeitumständen künftig in Einklang zu bringen sei, das Wahlrecht nicht ausdrücklich erwähnt hat. (Sehr richtig! links.) Wir bleiben der Meinung, daß die Reform des Wahlrechts für die Zeit nach dem Krieg die Hauptaufgabe bildet, von deren Lösung die ganze innere Entwicklung in Preußen und im Reich wesentlich beeinflusst werden wird.

Abg. Marg (S.):

In der jetzigen Zeit kann auf die Wahlrechtsfrage, die zu so schweren Differenzen im Hause und mit der Regierung geführt hat, nicht eingegangen werden. Unsere Stellung dazu ist allbekannt. Für die Kriegsbeschädigten muß alles geschehen, was möglich ist. Aber das Herz darf nicht allein entscheiden und es dürfen den Provinzen und Kreisen nicht Lasten aufgelegt werden, die das Reich zu tragen hat.

Minister des Innern v. Loebell:

Die russisch-polnischen Arbeiter sind Angehörige eines feindlichen Staates. Trotzdem werden wir ihnen gegenüber alle unnötigen Härten vermeiden. Wir haben ja selbst ein Interesse daran, daß unserer Landwirtschaft für die kommende Bestellung und Ernte die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Im Notfall sollen Kriegsgefangene verwandt werden. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist Sache des Reiches. Es wird für ihre Heilung alles geschehen, was die Fortschritte der Wissenschaft gestatten. Aber das allein genügt nicht. Ueber das Heilverfahren hinaus muß dafür gesorgt werden, daß der Verletzte möglichst bald wieder einem geordneten Beruf zugeführt werden kann. Zu diesem Zwecke haben sich besondere Organisationen gebildet, die auf diesem Gebiete individualisieren können. Der Brandenburgerische Provinziallandtag hält die Sorge für die Kriegsinvaliden mit Recht für so dringend, daß damit nicht bis zum Ende des Krieges gewartet werden kann. Die Provinz ist ein ganz besonders geeignetes Organ für diese Aufgabe. Diesem Beispiel sollen die anderen Provinzen folgen. Ein Risiko gehen sie dabei nicht ein, denn das Reich wird sich seinen finanziellen Pflichten nicht entziehen. Die Zunahme des Vermögens der Sparkassen beträgt auch im Jahre 1914 über 600 Millionen Mark. Das ist ungefähr ebenso viel wie in den vorhergehenden Friedensjahren. — Zum Schluß dankt der Minister allen Beamten, die in dieser ersten Zeit weit mehr als ihre Pflicht getan haben. Im Feuer dieses Krieges hat die preussische Verwaltung sich voll bewährt. Sie hat sich ihren ruhmvollen Geschichte würdig gezeigt. Auch den Organen der Selbstverwaltung gebührt volle Anerkennung. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Sp.):

(Der größte Teil der Reden und der Rationalisten verläßt den Saal.) Ich spreche einen kurzen Protest aus dagegen, daß man die russischen Arbeiter anders behandelt als andere Zivilisten der feindlichen Staaten. Es ist durch nichts begründet und ist auf das Schärfste zu verwerfen. — Die ersten Worte, die in der Frage der Fürsorge für die Kriegsinvaliden

Hier gefallen sind, finden ein Echo bei uns. Auch wir wünschen, daß auf diesem Gebiete die Allgemeinheit unverzüglich, und zwar nicht nur jetzt, sondern für die ganze weitere Zukunft die erforderlichen Sicherheiten schafft, daß nach aller Möglichkeit Not und Elend von diesen unglücklichen Menschen ferngehalten wird. Aber die Erfahrung lehrt, daß man gewisse Worte, die in der heutigen Zeit fallen, ganz besonders kritisch und misstrauisch aufnehmen alle Veranlassung hat. Wir müssen abwarten, ob den Worten auch die Taten folgen. Der große Eifer, mit dem diese ungeheuer wichtigen, alles menschliche Mitgefühl lebhaft in Anspruch nehmende Frage heute erörtert worden ist, hat schon um deswillen für mich einen etwas eigenartigen Beigeschmack, weil diese Ausführungen mit dazu gedient haben, das völlige Schweigen und Verschweigen der bürgerlichen Parteien in der entscheidend wichtigen

#### Wahlrechtsfrage

zu faszinieren. Sie können sicher sein, die da draußen in den Schützengräben liegen, und die unglücklichen Krüppel in den Krankenhäusern werden nur dann überzeugt sein, daß in dieser wichtigen Frage alles geschieht, was notwendig ist, wenn ihnen auch bei der Regelung der Frage der nötige Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung gesichert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden sich nicht auf den guten Willen der herrschenden Parteien verlassen wollen. Wenn die guten Worte, die über die Krüppelfürsorge gefallen sind, nicht Hand in Hand gehen mit der Bereitwilligkeit, der Masse des Volkes weitere Rechte zu verschaffen, eine Demokratisierung Preußens durchzuführen, dann werden Sie tauben Ohren predigen. Der 27. Februar d. J. war für Preußen ein historischer, ein kritischer Tag. Der Minister hat es in der Budgetkommission abgelehnt, eine noch so allgemeine Zusicherung über eine künftige Wahlrechtsreform abzugeben. Die freisinnigen erhoffen die Wahlrechtsreform nach dem Kriege, das Zentrum beruft sich auf seine klare und unberrückbare Stellung zur Wahlrechtsfrage, die kein Mensch kennt (Weiterkeit), die Nationalliberalen stellen die Frage hinter der Aufgabe zurück, zu sagen, und die Freikonserwativen haben eine scharfe Abfage erteilen lassen, die Arzt v. Redlich in der „Post“ noch dreifach unterstreichen hat. Damit ist die Situation erfreulich geklärt, und eine solche Klärung ist um so nötiger in einer Zeit wie heute, wo das Wort vom „Bürgerfrieden“, von der „Einmütigkeit des Volkes“ und andere schönfärbende Worte von einem freien deutschen Volke in Zukunft manchen Sinn umnebelt. Wir sind froh, daß dieser Rebellentum fortgeblasen ist.

#### Die alte Wahrheit ist: in Preußen bleibt alles beim alten.

Das ist die Signatur des Tages für Preußen. Aus den Zeitungen wußte man das schon früher. Schon im September 1914 war ihnen bei dem Siegeszug der deutschen Truppen der Stamm gewaltig geschwollen. Man hörte damals geradezu eine Apotheose (Verherrlichung) des Militarismus, der Monarchie, des Dreiklassenwahlrechts bis weit in die sogenannten liberalen Parteien hinein. 1896 hieß es noch, der preussische Schulmeister hat gesagt, heute ist man bereits so weit, zu sagen, das preussische Dreiklassenwahlrecht hat in diesem Kriege gesiegt oder wird siegen. Es wird heißen, das Dreiklassenwahlrecht hat über die Demokratie gesiegt, wobei man Rußland als guten Freund der Vergangenheit und sicherlich als guten Freund der Zukunft außer acht läßt. Ich möchte Ihnen aber ans Herz legen, sich zu überlegen, daß, wenn dieser Krieg besonders in den ersten Monaten auf eine starke Begeisterung im deutschen Volke gestossen ist, das nicht zum wenigsten der Tatsache zu verdanken ist, daß es hieß: gegen den Barismus, gegen die russische Reaktion, gegen die politische Rückständigkeit, daß man einen Kampf zu kämpfen glaubte um die Freiheit Europas. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die politischen Phantasien dürften jetzt ernüchert sein überall, wo sie sind. Die schwärzesten Bestimmten haben recht behalten. Diese Verhandlungen haben Wasser auf unsere Mühlen gebracht. Die ausschlaggebende konservative Partei steht in alter Feindschaft gegen jede Demokratisierung. Vom Zentrum ist nichts zu hoffen. Wenn die Nationalliberalen den Kampf für das Volkrecht zurückstellen, weil ihnen der Sieg wichtiger ist, so ist das begreiflich. Für sie ist der Krieg ein ungeheures politisches und wirtschaftliches Geschäft, hinter dem die Volkrechte wohl zurücktreten können. Die Mundfelder (Ergaruben) von Brien und Longuon, die Kohlengruben in Polen und manch andere besetzten Gebiete, die Kolonien sind wachseln kein Pappenspiel für das deutsche Kapital, da kann das Volk warten. Selbst in der Frage des geheimen und direkten Wahlrechts soll alles beim alten bleiben. Wir sind nicht so bescheiden wie Herr Pöschke. Wir sehen, wie alle anderen Klassen im Kriege und vor allem durch den Krieg ihre Klasseninteressen rücksichtslos verfolgen. Wir wissen, daß dieser Krieg der Förderung der großkapitalistischen Interessen im eminentesten Sinne dient. Die technische Seite der Vorlegung einer Wahlrechtsreform wäre leicht zu lösen — ich erkenne an, schwierigere technische Aufgaben sind im Kriege gelöst worden —, aber

#### es fehlt am guten Willen.

In der Zeit des Belagerungszustandes, der Pressezensur, der Aufhebung des Lämmerlichen Versammlungsrechts, in einer Zeit, wo die Reaktion unter dem Titel „Bürgerfrieden“ triumphiert, haben wir wachseln keinen Anlaß, unsere Forderungen nach Demokratisierung zurückzustellen, sie sind brennender als je. Gerade in diesen Tagen hat sich der Klassencharakter der heutigen Gesellschaft scharf und unverhüllt offenbart. Wir haben um so weniger unsere Forderung zurückzustellen in dieser Zeit, wo sich die schädlichen Rückwirkungen der inneren Reaktion auf die auswärtige Politik so besonders traurig offenbart haben, einer Zeit, die noch einer Demokratisierung der äußeren Politik geradezu schreit. Als Abg. Pöschke in der Kommission meinte, die heutige Zeit biete neue Stützpunkte für die Wahlrechtsforderung, rief Herr v. Redlich: Im Gegenteil! Das ist ein Wort, das wie ein Blitzlicht die Lage erhellte. Solche neuen Stützpunkte hat die heutige Zeit in der Tat gegeben, aber nicht etwa wegen der Kriegsbegeisterung, sondern aus ganz anderen Gründen. Niemals war so wie heute der grelle Kontrast zwischen den schwersten Pflichten der Allgemeinheit und dem Privilegiencharakter des Staates und der Verwaltung in Preußen offenbar. Der gleichen Verpflichtung als Kanonensfütter steht eine Gleichberechtigung im Staate leider nicht zur Seite. In dem Halb-Absolutismus, in der Geheimdiplomatie, in dem persönlichen Regime erblicken wir eine wichtige unmittelbare Ursache für den Ausbruch dieses Krieges, der allerdings international-kapitalistisch bedingt ist. Wenn die

#### imperialistischen Bestrebungen des Kapitalismus

die schwersten Gefahren und selbst den Krieg heraufbeschworen, so haben wir immer gesagt, daß es um so mehr der Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk bedarf. Die Vorbedingung dafür ist die volle Demokratie im Innern. Ich verstehe nicht, daß diese Kontrolle der auswärtigen Politik auch in denjenigen Ländern, die innerlich mehr demokratisiert sind, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt; aber nur so ist die Garantie gegen imperialistische Abenteuerpolitik zu schaffen. Die Millionen Opfer dieses Krieges sind zu einem ganz wesentlichen Teil verschuldet durch die Rechtlosigkeit der Volksmassen in den beteiligten Ländern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir alle, möge es sonst auch Meinungsverschiedenheiten unter uns geben, sind darin einig, daß die Volksmassen in keinem der beteiligten Länder den Krieg gewollt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daran ergibt sich aber in dem Moment, wo Europa in Blut und Nord und Süd eine alte Kultur und die Blüte seiner Menschheit begräbt, die Forderung nach der Demokratisierung der auswärtigen Politik, ausgehend auf der inneren Demokratisierung. Ich begrüße die Forderung der Illusionen, die in weiten Volkstreffen in Bezug auf die Bereitwilligkeit der herrschenden Klassen und der Regierung in

Preußen zu einer Reform des Wahlrechts bestanden haben. Diese Klarheit wird nicht nur denen gepredigt, die im Bürgerrock sich jetzt bemühen, dem Vaterland zu dienen, sondern auch denen, die draußen im Schützengraben liegen und die, wenn sie den Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission vom Sonnabend lesen, ingrimig die Faust in der Tasche geklopft haben und denjenigen ihren Arm schützend haben werden, die sich bemüht haben, in ihren Illusionen zu waden, sie über die Wahrheit hinwegzutäuschen — über die Wahrheit, daß dieser Krieg von den Interessen der großen Volksmassen nicht gerechtfertigt wird, daß die Massen des Volkes nach dem Kriege so rechtlos bleiben werden, wie sie vor ihm gewesen sind. Es geht einem guten Teil des deutschen Volkes so wie den armen Schludern in der Tragikomödie, die von einem reichen Herrn auf kurze Zeit in seine vornehme Gewänder gesteckt wurden und den Fürsten spielen konnten. Gar mancher in Deutschland wird nach den Offenbarungen der letzten Tage aus dem Traum erwachen, ein freier, deutscher, gleichberechtigter Bürger zu sein; er wird dann ernüchert seine Schlussfolgerungen für seine politische Haltung auch während des Krieges rücksichtslos ziehen.

Nach wie vor wird das Volk nicht durch Nachgiebigkeit, Anpassung und Schmiegelei sein Recht gewinnen, sondern im Klassenkampf allein ist sein Heil. Wir hoffen, daß wir diesen Klassenkampf recht bald wieder in offener Gemeinschaft international mit den Proletariats aller anderen Länder, auch der jetzt kriegführenden, werden führen können. In diesem internationalen Klassenkampf beruht nicht nur die einzige Hoffnung auf Demokratisierung und Erweiterung der Volkrechte, sondern nach meiner Ueberzeugung auch das einzige Heil für die Masse der Völker in den beteiligten Ländern schon während des Krieges. Sie haben für die Dauer des Krieges das Wahlrecht schaff verweigert, nach dem Kriege werden sie es auch nicht geben. Reformen sind das Höchste, was der fortschrittliche Redner in Aussicht gestellt hat. Das heißt, der Masse des Volkes die Faust entgegenhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung gibt es für mich nur die eine Parole: Fort mit der Heuchelei des Bürgerfriedens! Auf zum internationalen Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und gegen den Krieg! (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Die Art und Weise des Abg. Liebknecht, seinen politischen Gegnern Tendenzen unterzuschreiben, die sie nicht haben, ist wahrhaft verächtlich (Rebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.). In der Wahlrechtsfrage stehen wir auch nach der Kritik Liebknechts auf dem Standpunkt des schlichten deutschen Bürgers, daß im Augenblick uns der Sieg notwendiger erscheint, als selbst das preussische Wahlrecht (Rebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.). Die Liebknechtschen Theorien von der Demokratisierung namentlich der auswärtigen Politik haben in Frankreich nicht gerade ihren friedfertigen Charakter gezeigt. — Die sonstigen Ausführungen Liebknechts waren nicht gegen uns, sondern gegen einen Teil seiner eigenen Parteifreunde gerichtet. Es kam ihm gar nicht so sehr darauf an, uns etwas am Zeuge zu fassen, als vielmehr darauf, der Mehrheit seiner Parteifreunde einmal die Wahrheit zu sagen. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Er schrieb die Kriegsbegeisterung des Proletariats dem Kampf gegen den Jarrismus zu; Sembat und Guesde könnten ihn vielleicht darüber informieren, daß sie aus einem ganz anderen Grunde in diesen Krieg eingetreten sind! Nach Liebknecht soll die ablehnende Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage alle Illusionen und Phantasien zerstreuen. Nun, Phantasien gibt es überall, uns kann er damit nicht gemeint haben. (Weiterkeit. Zustimmung. Dr. Liebknecht: Sehr richtig!) Dr. Liebknecht ist richtiger nicht nach dem Ton seiner Ausführungen, sondern nach ihren humoristischen Folgerungen zu beurteilen. Wenn er sich aber erkühnt hat, zu behaupten, daß für die bestehenden Klassen, für den Kapitalismus dieser Krieg ein kapitalistisches Geschäft sei (laure Futur), dann ist dies angesichts der Tatsache, daß alle Volksklassen ihre Söhne hingeben und sie auf dem Schlachtfeld verbluten sehen, eine derartige Verächtlichkeit, daß sich niemand schwerer an seinem eigenen Vaterlande versündigen und es dem Auslande gegenüber schwerer schädigen kann. (Rebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien und Futur.) Mit einem Worte, der einem großen Teil seines Volkes eine derartige Gemeinheit unterschiebt, ist keine Diskussion mehr möglich. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

#### Abg. Cassel (Vpt.):

sollt den großartigen Leistungen der Beamten Bewunderung und schließt sich dem Wunsch nach größter Dumanität gegenüber den ausländischen Arbeitern an. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten ist äußerst dringlich, die Verwundeten müssen nach der Heilung möglichst schnell an die neue Arbeit gewöhnt werden, zu der sie noch fähig sind. In der Form der Fürsorge wünschen wir eine gewisse Freiheit. In die freie Liebestätigkeit von Organisationen sollte hier nicht eingegriffen werden, wenn sie sich bewährt haben. Die Gemeinden sind zur Dezentralisierung der Fürsorge sehr geeignet, die Kosten aber muß das Reich tragen, denn die Gemeinden sind bereits stark überlastet. Nur bei schleuniger Regelung der Kostenfrage kann das Beispiel des Brandenburgerischen Provinziallandtages größere Nachfolge finden. (Beifall.)

#### Die Besprechung schließt. Persönlich bemerkt

#### Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

gegenüber dem Abg. Dr. Friedberg, daß er auch scharf betont habe, daß die innere Demokratisierung nicht genüge. Diese Erfahrung haben wir gerade in England und Frankreich gemacht und infolgedessen haben unsere dortigen Freunde die Forderung nach demokratischer Kontrolle der auswärtigen Politik seit Jahren und auch gegenwärtig erhoben. Damit sollen alle die auf einem ungenügenden Verständnis beruhenden Ausführungen des Abg. Dr. Friedberg in sich zusammenfallen.

Der Etat des Ministeriums des Innern wird bewilligt, ebenso ohne Debatte ein Teil des Kultusetats.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch 1½ Uhr, Etat des Kultusetats, Baucant.

Schluß: 5¼ Uhr.

## Die Notwendigkeit der Kartoffelbeschlagnahme.

Die Reichsregierung sträubt sich trotz aller dringenden Forderungen und Warnungen noch immer hartnäckig, die Kartoffelbeschlagnahme auszusprechen, obgleich sie weiß, daß die letzte Kartoffelernte den Ernten der beiden vorhergehenden Jahre nachsteht, und obgleich der Kartoffelverbrauch durch die Streckung des Getreidemehls mit Kartoffeln erheblich größer geworden ist. In folgender Zuschrift eines süddeutschen Landtagsabgeordneten wird nun abermals die Notwendigkeit der Kartoffelbeschlagnahme nachgewiesen:

Die Kartoffelernte betrug in den letzten 10 Jahren in Tonnen a 20 Zentner: 1904: 38 287 192, 1905: 43 323 353, 1906: 42 836 702, 1907: 45 538 299, 1908: 46 342 726, 1909: 46 706 252, 1910: 43 468 392, 1911: 34 374 225, 1912: 50 209 466, 1913: 54 121 146, für das Jahr 1914 wird die Ernte auf 47 Millionen Tonnen = 940 Millionen Zentner geschätzt. Das ist zwar weniger als 1912 und 1913, aber immerhin noch über 2 Millionen Tonnen = 40 Millionen Zentner mehr, als der Durchschnitt der letzten zehn Jahre mit 44 830 775 Tonnen. Die Ein- und Ausfuhr ist im Verhältnis zur Erntemenge so gering, daß sie bei der Berechnung des Verbrauchs kaum in Betracht kommt. So betrug beispielsweise im Jahre 1912 die Einfuhr 822 310, die Ausfuhr 125 424 Tonnen. Im Jahre 1913

betrug die Einfuhr 382 050, die Ausfuhr 332 473 Tonnen, der Einfuhrüberschuß mithin nur 49 577 Tonnen.

Der Verbrauch wird nun in normalen Jahren wie folgt berechnet: Für Speisewecke 250 Mill., für Viehfutter 300 Mill., für Saatkartoffeln 106 Mill., für die Stärkefabrikation 32 Mill., und für die Spiritusindustrie 53 Millionen Zentner; das sind insgesamt 800 Millionen Zentner. Für Verluste durch Fäulnis, Schwund und Keimen werden in der Regel 100 Millionen Zentner pro Jahr gerechnet. Dieser Satz dürfte im laufenden Verbrauchsjahr kaum ausreichen, da die Fäulnis stärker als sonst auftritt. Zwar wird versucht, die Verluste durch Trocknung der Kartoffeln abzuwenden, aber bei der beschränkten Ausbreitung der Trocknungsanlagen und der verhältnismäßig geringen Kartoffelmenge, die zur Verarbeitung kommt — 1913 etwa 30 Millionen Zentner —, kommt diesem Umstand noch keine ausschlaggebende Bedeutung zu, selbst daß infolge der regen Propaganda und Unterstützung der Regierungen die Anlagen 1914 beträchtlich zugenommen haben sollten. Immerhin dürften durch Beschränkung der Verwendung zu Stärke und Spiritus und Einsparung bei der Trocknung etwa 45—50 Millionen Zentnern für Ernährungszwecke mehr frei werden. Die Verwendung zu Saat und Viehfütterung dem Verbrauch in anderen Jahren gleichgesetzt, dürften also rund 50 Millionen Zentner oder 20 Proz. mehr wie sonst zur menschlichen Ernährung zur Verfügung stehen.

Angesichts des beträchtlichen Kartoffelverbrauchs zur Brotbereitung reicht jedoch diese Menge nicht aus. Rechnen wir den Kartoffelverbrauch nur zu 10 Proz. auf zehn Monate, so sind hierzu erforderlich bei rund 70 Millionen Einwohnern mit täglich 250 Gramm Brotverbrauch 105 Millionen Zentner. Nehmen wir hinzu, daß im allgemeinen die Kartoffel mehr wie sonst zu Speisewecken herangezogen wird, so ergibt sich sicher ein Manko von 100 Millionen Zentner. Diese Menge ungefähr müßte also der Verfüterung entzogen und zur direkten menschlichen Ernährung freigegeben werden. Der erste Schritt hierzu wäre die beschriebene Regulierung der Schlachtviehpreise. Zweifellos hat ein großer Teil der Landwirte die überschüssigen Kartoffeln abgegeben, besonders die Kleineren und mittleren Bauern, die Geld brauchen. Ein anderer Teil jedoch, die „Hamster“, halten zurück. Sie hoffen auf eine unerhörte Steigerung der Schlachtviehpreise, halten deshalb mit dem Verkauf schlachtreifen Viehes zurück und verfrachten die Kartoffeln weiter. Werden ihnen durch behördlichen Eingriff diese Gewinnchancen entzogen, geben sie sicher willfähriger wie bisher dieses Volksernährungsmittel ab. Hand in Hand mit dieser Maßnahme wären die vorhandenen Kartoffelbestände aufzunehmen, nach Abzug des Eigenverbrauchs zur Ernährung und für Saatwecke, die übrigen Kartoffeln zu beschlagnehmen und gerecht zu verteilen. Die Arbeit ist gewiß nicht leicht, aber notwendig und auch durchführbar ist sie. Vor allen Dingen sollte jede weitere Verzögerung vermieden werden.

## Politische Uebersicht.

### Zusammentritt des Reichstags.

Die Tagesordnung für die 4. Plenarsitzung des Reichstages, die am Mittwoch, 10. März, nachmittags 2 Uhr, beginnt, setzt die erste Beratung der Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats und des Haushaltsetats der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1915 an. Weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, behält sich der Präsident vor.

### Eine Petition für das freie Wahlrecht.

Der „Gund „Reines Vaterland“ hat an das preussische Ministerium und das Abgeordnetenhaus eine Petition zur Reform des preussischen Wahlrechts gerichtet, in deren Begründung es u. a. heißt:

„Wir weisen das Kgl. Staatsministerium und das hohe Haus der Abgeordneten ergebenst darauf hin, daß das gesamte Volk eine Aenderung des Wahlrechts zur gesetzgebenden Körperschaft Preußens als etwas Selbstverständliches erwartet, daß die Nichterlösung dieses gegebenen Versprechens Deutschland um alle innerpolitischen Ertragschancen bringen würde, die der Krieg bisher auszulösen schien. Wenn es vielleicht auch zu verstehen ist, daß die Forderung des gleichen Wahlrechts nicht von allen Parteien mit gleicher Freude begrüßt werden wird, so sollten doch wenigstens alle Parteien mit dem Staatsministerium darin übereinstimmen, daß das neue Wahlrecht zum mindesten ein geheimes und direktes sein muß. Es würde nicht die geringsten technischen Schwierigkeiten bereiten, wenn von der Regierung im Einverständnis mit der Krone Preußen dem Plenum eine motivierte Erklärung vorgelegt würde, nach der die zu schaffende Wahlrechtsvorlage zum mindesten diese Gesichtspunkte enthalten würde. Und ebenso leicht müßte es den Parteien fallen, ihre Zustimmung zu dieser Erklärung abzugeben.

Ein solches Vorgehen würde, vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, die größten Wirkungen haben. Man würde in Deutschland merken, daß der erstliche Wille vorhanden ist, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und einen neuen Weg zu gehen. Unlebensame Erinnerungen an frühere Perioden der preussisch-deutschen Geschichte würden damit ohne weiteres erledigt sein, man würde nicht nur hoffen, sondern wissen, daß wir nicht einer ähnlichen Entwicklung entgegengehen, wir wie sie zum schweren Schaden unseres nationalen Aufstiegs nach 1813 erlebt haben. Es kann nicht nachdrücklich genug daran erinnert werden, daß die bisherigen Erfolge Deutschlands in diesem Kriege auf seiner geschlossenen Spannkraft beruhen und daß das Volk seine Opfer unter der starken inneren Voraussetzung bringt, daß es nun „anders“ wird. . .

Es muß auch dringend betont werden, daß zu beachten ist, welches Echo eine solche Erklärung bei den Neutralen finden würde.

Alle diese Erwägungen veranlassen uns, im Interesse der Nation die verantwortlichen Stellen dringend darum zu bitten, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Eine solche Tat würde die von uns vorgeschlagene motivierte Erklärung der Kgl. Staatsregierung und der Parteien des Hauses der Abgeordneten sein.“

### Alkohol und Kriegrecht.

Infolge der sich häufenden Verurteilungen von Personen, die sich in angetrunkenem Zustande der Polizei und der Gendarmerie widersetzen, hat der Gouverneur von Köln eine Verfügung erlassen, nach der jeder Widerständige zum Schutz der öffentlichen Sicherheit sofort in Haft genommen wird und bis zur Aburteilung und Strafvollstreckung in Gewahrsam bleibt. Die Haft wird nicht als Untersuchungshaft angerechnet.

### Die Gefahren des Jarrismus.

In einer Polemik gegen den schwedischen Genossen Branting machte der norwegische Abgeordnete Genosse Christianen folgende Ausführungen:

„Aber Neutralität zum Troß muß klar gesagt werden, daß ein Sieg des Dreierbundes, in dem Rußlands Rolle die der vernichtenden Dampfmaschine ist, die allergrößte Gefahr für die Freiheit des Volkes bedeuten würde. Wenn Rußland daran teilnehmen

dürfte, die Friedensbedingungen zu diktieren, würde die Barbarei triumphieren. Es erscheint zwar ausgeschlossen, daß die russische Dampfwalze die Hoffnungen einlösen wird, welche seine Verbündeten auf Rußland gesetzt hatten, und damit fällt auch die Gefahr fort, daß der Zar als Siegesherr über Westeuropa einzziehen wird. Aber Rußlands übrige Nachbarn, welche nicht die wunderbare Kraft und Stärke des Deutschen Reiches besitzen, haben allen Grund, zu wünschen, daß die Dampfwalze vollständig entzweigeschlagen werde, denn solange sie besteht, weiß man nie, nach welcher Seite sie willens ist zu rollen. Das zaristische Reich hat ein geisteskranken Menschen zu wohnen. Jetzt ist Schluß mit dem Bluff des neuen Regimes in Rußland. Sogar die englische Presse, welche am längsten die Illusion der russischen Freiheit zu bewahren suchte, hat aufgehört, davon zu reden. Nur der französische Ministerpräsident Viviani steht von Amts wegen in der französischen Kammer auf und spricht vom Siege der Verbündeten Rußlands als einem Siege der Gerechtigkeit. Das sind aber nur leere Worte. Die brutale Wirklichkeit bleibt bestehen, welche Finnlands Unterdrückung, Verhaftung der sozialdemokratischen Mitglieder der Duma, vermehrte Judenverfolgungen, gesetzwidrige Todesurteile, Ausweisungen und härtere Vollzugsbedingungen zeigt als je zuvor. Ueber diesen bodenlosen Leiden, welche das zaristische Rußland im eigenen Lande verbreitet, während es gleichzeitig mit der Wirtlichkeit des Krieges Blutopfer vom russischen Volke fordert, steht wie ein schamloses Denkmal dämonischer Bosheit die Proklamation des Zaren an die polnische Nation.

### Die Judenbege der russischen Regierung.

Das Auslandsamt des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland („Bund“) sendet uns folgendes Dokument:

Festung Nowogeorgijewsk.

No. 89 — 27. November 1914.

Befehl an die Truppen der besetzten Zone.

In deutschen Blättern wird mitgeteilt, daß die deutschen Truppen in den russischen Juden zuverlässige Verbündete gefunden haben, die ihnen nicht bloß Proviant zustellen, sondern für sie auch die besten Spione sind und ihnen jegliche Dienste — oftmals auch uneigennützig — leisten, wenn dies nur den russischen Interessen zum Nachteil gereicht. Von einem Sieg der Deutschen erwarten die Juden ihre Befreiung vom Joch des Zaren und von den Verfolgungen der Polen. Ähnliche Nachrichten treffen auch fortgesetzt von den Truppen ein.

Um das Militär vor den schädlichen Umtrieben der jüdischen Bevölkerung zu bewahren, hat der Oberbefehlshaber der Truppen befohlen, bei Besetzung bevölkerter Ortschaften von der jüdischen Bevölkerung Geiseln zu nehmen und die Einwohner zu warnen, daß im Falle einer verräterischen Handlung irgendeines der örtlichen Einwohner nicht nur im Zeitraume der Besetzung des Ortes durch unsere Truppen, sondern auch nach deren Abzug, die Geiseln hingerichtet werden, was nötigenfalls auch zu vollziehen ist.

Bei Besetzung bevölkerter Ortschaften muß durch eine sorgfältige Durchsichtung festgestellt werden, ob nicht Vorrichtungen zum drahtlosen Telegraphieren, Signalisationsapparate, Taubenspoststationen, unterirdische Telegrapheneinrichtungen u. dgl. vorhanden sind. Mit den daran beteiligten Personen ist nach der vollen Strenge des Gesetzes zu verfahren.

(Vergl. Telegramm des Generals Oranowski N. 3432 a. c.)

Unterschiedet: Chef der besetzten Zone, General der Kavallerie Boderj.

Angefertigt: 2. XII. 6 Uhr abends.

Der oben angeführte Truppenbefehl zeigt mit einer Anschaulichkeit, die keinem Zweifel Raum läßt, daß die höchste russische Militärbehörde sich der Verbreitung der Legende vom jüdischen Landesverrat befaßt.

## Wochenhilfe im Krieg und Frieden

Wird der Reichstag zureichende Maßnahmen zum Schutz von Wöchnerinnen und Säuglingen beschließen? Wird er die Wöchnerinnen und Säuglinge schützenden Vorschriften des Krankenpflegegesetzes vom 4. August 1914 beseitigen und darüber hinaus Bestimmungen treffen, die mehr als bisher dem Schutz von Mutter und Kind dienen? Diese brennenden Fragen werden mit Recht in den weitesten Kreisen mit banger Erwartung aufgeworfen.

Einen sehr interessanten Artikel über „Wochenhilfe im Frieden und Krieg“ veröffentlicht der Magistratsrat Dr. Woeder im Königsberger Gemeindeblatt, dem amtlichen Anzeiger der Stadt Königsberg. Er weist darin nach, daß alle sozialen Maßnahmen für Mutter und Kind in Deutschland unzulänglich gewesen sind. Nach den großen Opfern an blühenden Menschenleben, die der Krieg fordere, müsse in ganz besonderem Maße eine weise Menschenpflege einsetzen; hierzu gehöre auch ein weitgehender Mutter- und Säuglingsschutz. Alle mühten helfen, damit keine Mutter, die dem Volke ein neues Leben schenke, in Gefahr und Not schwebe, und damit jetzt alle in das Leben tretenden Kleinen der natürlichen Ernährung teilhaftig werden und kräftig gedeihen.

Der Krieg erzeuge nicht nur massenhaft gehäufte Sterblichkeit der wertvollsten und bedeutsamsten Bevölkerungsgruppe; er vermindere erheblich auch die Zahlen der geschlossenen Ehen und Geburten schon unmittelbar während des Krieges und nach ihm.

Alle Einsichtigen seien heute darin einig, daß bei uns für Mutter- und Säuglingsschutz, so sehr auch das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Frage gewachsen sei und viele gute Absichten verwirklicht wären, längst nicht genug getan wurde. Auch die Sozialgesetzgebung gehe hier, zum Teil gehemmt durch noch nicht überwundene falsche, ungerechte Anschauungen, nur allzu langsam und zögernd vor. Dr. Woeder weist nach, daß bis vor kurzem an Wöchnerinnenunterstützung herzlich wenig gewährt worden sei. Deutschland hätte die größte Säuglingssterblichkeit unter den Völkern Europas gehabt, die wiederum auf dem Lande größer gewesen sei, als in den Städten. In den meisten Landgemeinden sterbe ein Drittel der Neugeborenen im ersten Lebensjahre, die Hälfte sinke bis zum vierzehnten Lebensjahre ins Grab. Wir hätten sogar Landkreise, z. B. Aachen und Selskirkchen, im Rheinlande, in denen mehr als die Hälfte, Köln-Land, in dem sogar 65 v. H. der Neugeborenen im ersten Lebensjahre sterben. Auch die Sterblichkeit der Frauen überage, besonders im Alter von 20 bis 50 Jahren, die der Frauen in den Städten. Statistische Erhebungen hätten, namentlich im Rheinland und Westfalen, dargetan, daß je mehr in einem Kreisbezirk die Industrie vorherrsche, desto geringer die Sterblichkeit der Frauen sei. Die Arbeitsüberbürdung der Frau im landwirtschaftlichen Betriebe in der Zeit, da sie zugleich Mutter werde, zehre selbstverständlich an ihrer Lebenskraft und führe allzu oft den Tod der Mutter und des Kindes herbei. Eine Wöchnerinnenpflege gebe es auf dem Lande nicht; erst wenn aus der Wöchnerin eine Kranke geworden sei, setze bestenfalls die Pflege ein.

Dr. Woeder hält es für unsozial, daß Landwirte ihre Leute von der Jugendkraft zu einer Krankenkasse befreien könnten. Dadurch bringe man die Arbeiterin und Dienstin, da sie ja einer

Kasse nicht angehöre, für die spätere Zeit um manche Leistungen, z. B. Wochenlohn, die eine längere Krankenmitgliedschaft, meist sechs Monate im letzten Jahre, zur Voraussetzung hätten.

Es sei bekannt, daß die Gefährdung nichtgestillter Kinder gerade während der ersten Lebensmonate ganz außerordentlich groß sei, so daß sie in vier-, fünf- und mehrfacher Menge dahinstürben als die gestillten Kinder des gleichen Lebensalters. Der Verfasser des Artikels empfiehlt daher die Gewährung eines Stillgeldes bis zur zwölften Woche. Das Kriegsnotgesetz für die Krankenkassen vom 4. August hätte alle Leistungen an Wöchnerinnen und Schwangere bis auf das Wochenlohn für Wöchnerinnen mit einem Schläge beseitigt. Es wäre sehr verhängnisvoll geworden, wenn es beim Notgesetz geblieben wäre, während draußen in den furchtbar erbitterten Kämpfen in Ost und West die kostbarsten Menschenleben in den Schützengräben schwersten Gefahren und dem Tode ausgegessen gewesen wären, vielleicht gerade die Männer und Väter, Brüder und Verwandten der hier im Glend und bitterster Not kämpfenden Frauen und Säuglinge.

Bei Besprechung der neuen Bestimmungen des Bundesrats auf dem Gebiete der Mütterfürsorge weist der Verfasser darauf hin, daß manche Kriegerfrauen keine Wochenhilfe erhalten. Er schreibt dann:

„Ganz leer gehen auch aus Uneheliche. Uneheliche nichtversicherte Wöchnerinnen und ihre Kleinen haben keine Ansprüche, auch dann nicht, wenn der Vater des Kindes Kriegsdienste leistet und sich zum Vater des Kindes bekennt. Denn die Wochenhilfe wird nur an selbstversicherte Frauen und an nicht versicherte Ehefrauen gezahlt. Das ist gewiß sehr traurig, aber wir können uns anscheinend von alten Vorurteilen nicht freimachen und endlich bei gesetzlichen Maßnahmen für uneheliche Kinder und Mütter den sogenannten Kaskel vergessen und allein in gerechter Weise von dem Kinde ausgehen und an das Gesamtinteresse denken. . . .“

Das Reich veranschlagt die ihm durch die Kriegswochenhilfe erwachsenden Kosten auf monatlich 2 000 000 M. Im Frieden können solche Mittel sicher leichter aufgebracht werden als im Kriege. Erhaltung und Kräftigung der kommenden Generation schon bei deren Eintritt ins Leben muß die erste Aufgabe der Menschheit sein.“

Mögen diese zutreffenden Ausführungen endlich reichsgesetzlichen Widerhall finden.

## Stimmen aus der Parteipresse.

### Auf dem Wege zur nationalen Reformpartei.

Unter dieser Überschrift schreibt das „Volkswort“ in Halle: Von Tag zu Tag zeigt sich immer klarer, daß gewisse führende Persönlichkeiten in der Partei die Sozialdemokratie von ihren bisherigen Grundlagen abzudrängen suchen, um sie in eine einfache Reformpartei umzuwandeln. Derselben Personen haben diese Bemühungen freilich meist schon Jahrzehntlang betrieben, aber so planmäßig, so heftig und so offen noch niemals wie jetzt. Der Beschluß der Fraktionsmehrheit, die Kriegskredite am 4. August und 2. Dezember 1914 zu bewilligen, gab das Signal. Man deutet in jenen Kreisen den Beschluß so, daß er als Konsequenz den völligen Bruch mit allen Grundfragen der internationalen proletarischen Massenpartei zur Folge haben müsse. Da außerdem der „Burgfrieden“ zwischen den Parteien erklärt, die Zensur waltet und so viele tapfere sozialdemokratische Kämpfer in den Schützengräben stehen, so meint man, der Zeitpunkt sei günstig, um jetzt oder nie die grundsätzliche Richtung und Taktik der Sozialdemokratie umzuwerfen. Wir haben diese Treibereien bisher wenig beachtet und nur ad und zu einen Vorstoß mitgeteilt. Jetzt aber wird es notwendig, die breitesten Schichten der Parteigenossen über diese systematischen, sehr ernstlichen Bestrebungen zu unterrichten. Wir werden daher fortlaufend die wichtigsten Aeußerungen zu registrieren haben.

Deut liegt ein neuer Vorstoß des Parteigenossen Heine vor, der nach den bisherigen Vorstößen ja nicht verwunderlich ist. Hat Heine in seiner Stuttgarter Rede schon eine Anzahl unserer tatsächlichen Grundfragen zum alten Eisen geworfen, über andere gespottet und sie für die Zukunft abgetan, so verleugnet er neuerdings auch die wichtigste Grundlage der Partei: die Abschaffung der Klassenherrschaft. Heine schreibt in geistiger Sonntagsnummer der sozialdemokratischen „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel: Auf dem Wege zur Einheit, in dem er die Einigkeit des Volkes feiert und sie auf die Zukunft übertragen wissen will. Er streift dabei die bisherigen Zustände (vor dem Kriege) und sagt:

„Der tiefste Spalt klappte im alten Deutschland zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Klassen sowie dem Staat als Ganzem. Die Klassengegensätze ließen sich nicht beseitigen und man möchte sie kaum wegwünschen, denn sie sind der ewige Antrieb zu neuem Leben in der Nation. Vort Staat aber hat jeder Staatsbürger gleiches Recht zu beanspruchen.“

Heine fordert dann, daß der Staat die Arbeiterorganisationen mit gleichem Maßstab behandeln solle wie die Unternehmervereinigungen. Das ist eine rein politische Forderung, die auch von den bürgerlichen Demokraten, ja sogar von den Freisinnigen erhoben wird und in großkapitalistisch-demokratischen Staaten schon durchgeführt ist. Aber über die wirtschaftlichen, die sozialen Forderungen sagt Heine: „Die Klassengegensätze lassen sich nicht beseitigen“ — und „man möchte sie auch kaum wegwünschen“. Frage: welcher Unterschied besteht zwischen dem Programm des sozialdemokratischen Führers Heine und des freisinnigen Führers Müller-Reinigen?

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Nach der Rückkehr von einer Agitationsstour finde ich im „Vorwärts“ die freundlichen Bemühungen der Redaktion, mich vor der Berliner Parteigenossenschaft als einen Mann hinzustellen, der pseudo-sozialistische Anschauungen vertritt und der seit einiger Zeit über die Verwirklichung des Sozialismus während des Krieges in Deutschland merkwürdige „Entdeckungen“ gemacht hat. Und das alles, weil ich in Rücksicht auf die Maßregeln der Regierung zur Sicherung der Ernährung von „Kriegssozialismus“ zu sprechen gewagt habe. Ehre, wenn Ehre gebührt, und ich muß die Ehre, hier „Entdeckungen“ gemacht zu haben, bescheiden ablehnen. Im Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Verleger Eugen Ernst, verantwortlicher Redakteur Theodor Fischer, Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., fand ich in der Nummer vom 9. Dezember 1914 im Leitartikel: „Wochenlohn und Weltkriegsnot“ unter anderem folgende Stellen:

Denn gerade in all dem Graus und all dem Schrecken des Krieges hat sich gezeigt, daß vieles, was noch vor einem halben Jahr allgemein als sozialistische Utopien und volks-wirtschaftliche Unmöglichkeit verurteilt wurde, infolge der Not der Zeit praktisch eingeführt worden ist. Warum soll das Volk aber Einrichtungen und Maßnahmen, die jetzt von einer Art „Militärsozialismus“ einzig und

allein mit Rücksicht auf den Kriegszweck durchgeführt werden, nicht für den Frieden beibehalten und in großzügiger Weise ausbauen und vermehren? Wir denken da an die Forderungen, die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften aufgestellt und der Reichsregierung gegenüber vertreten haben. Forderungen, die auf eine Regelung der Produktion und auf eine Durchführung wichtiger wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen hinauslaufen. Es ist zwar nur ein geringer Teil dieser Forderungen nach unserem Wunsch Wirklichkeit geworden, aber der Weg zu einer Sozialisierung der Volkswirtschaft ist schon beschritten worden.

In dieser Weise geht es in dem Artikel noch eine ganze Weile fort. Mehr habe ich in meinem Artikel in der „Frankfurter Volksstimme“ auch nicht gesagt, und ich will gar nicht leugnen, daß dieser treffliche Artikel im „Mitteilungsblatt“ vom 9. Dezember mich zu meinem Leitartikel für das Frankfurter Parteiblatt vom 30. Januar angeregt hat. Inzwischen waren ja noch wesentliche Forderungen, die Parteivorstand und Generalkommission aufgestellt hatten, erfüllt worden. Das „Mitteilungsblatt“ ist bekanntlich in der Hauptsache für die Berliner Parteifunktionäre geschrieben und ich konnte unmöglich ahnen, daß, wenn ich mich auf dem „Mutterboden“ des „Mitteilungsblattes“ helle, ich eine grauliche Heerei beginge und hoffnungslos Pseudo-sozialismus verfehle. Ich bin mit den Berliner Parteiverhältnissen noch nicht so genau vertraut und hatte angenommen, daß der Sozialismus, der im Vorwärtsgebäude drei Treppen hoch vertreten wird, nicht schlechter ist, als der Sozialismus vier Treppen hoch. Jetzt weiß ich's: Der Dreitreppensozialismus, der für die Berliner Parteifunktionäre berechnet ist, ist Wöchner. Nur vier Treppen hoch ruht der Quell des reinen, unverfälschten Sozialismus, denn dort ist die Redaktion unseres „Zentralorgans“.

Genosse Lenjch macht sich seine Erklärung sehr leicht. Ein paar „liebenswürdige“ Bemerkungen über den „Vorwärts“, ein langes Zitat und schon glaubt er, daß er seine eigenen Spuren der beiden früheren Artikel verwischt hat. Genosse Lenjch hatte geschrieben: „In der Tat bedeutet die Einführung des Getreidemonopols den größten praktischen Triumph, den bisher der Sozialismus über den Kapitalismus errungen hat. . . . Die kapitalistische Produktionsweise. . . ist zusammengebrochen. . .“ Genosse Lenjch hatte weiter das angeblich sozialistische Kennzeichen der Bundesratsverordnung darin gesehen, daß „niemand, ob arm, ob reich, mehr bekommt wie der andere“. Gegen diesen Pseudo-sozialismus hatten wir uns gewandt. Daß die Bundesratsverordnung „wichtige wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen“ bringen, haben auch wir nie bestritten. Aber Genosse Lenjch hat in seinen Artikeln eine Verwirklichung unserer spezifischen Ziele vorgetäuscht, wogegen wir uns im Interesse begrifflicher Klarheit und illusionsfreier Parteipolitik wenden mußten.

In einem größeren Format erscheint seit dem 1. März der „Lübecker Volksbote“. Das bedeutet eine Vermehrung seines Inhalts. Sein Druck erfolgt jetzt mittels einer neuen, technisch auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit stehenden Rotationsmaschine.

Die Pressekommision und Firmenträger des „Lübecker Volksboten“ haben die Ausgestaltung des Blattes im Vertrauen auf die Kraft der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter Lübecks beschlossen. Sie sind fest davon überzeugt, daß dieses Vertrauen durch einen weiteren großen Abonnenten-zuwachs gerechtfertigt wird.

## Gewerkschaftliches.

### Die Stellenlosigkeit der Privatangestellten.

Als im August v. J. die Mobilmachung angeordnet wurde und mit einem Schläge fast die gesamten Auslandsbeziehungen zerrit, auch alle auf den Friedensbedarf des Inlands zugeschnittenen Unternehmungen stillzulegen drohte, war der erste Gedanke der meisten Arbeitgeber, sich ihres alten Personals so schnell wie möglich zu entledigen und dadurch die Geschäftskosten während des Krieges auf ein Minimum zurückzuschrauben. In bezug auf die Arbeitererschaft war das sehr einfach, bei den Angestellten jedoch standen der raschen Durchführung dieses Bemühens die längeren Kündigungsfristen im Wege. Abgesehen von einer Minderheit der zu vorübergehender Aushilfe Eingestellten konnten die ersten größeren Entlassungen fristgerecht erst zum Quartalschluß ausgesprochen werden; denn da der Kriegsbeginn zufällig gerade auf den Monatsanfang gefallen war, konnten auch die mit der kürzesten zulässigen Frist von einem Monat Angestellten frühestens zu Ende des darauffolgenden Monats, also zum 30. September, entlassen werden.

Damit war immerhin für diese Schicht der Lohnempfänger eine Schutzzeit von fast zwei vollen Monaten gegeben, die wohl geeignet war, eine plötzliche Ueberlastung ihres Arbeitsmarktes zu verhüten. Leider hat es jedoch nicht an Versuchen gefehlt, durch sogenannte „freie Vereinbarungen“ zahlreichen Privatbeamten eine frühere Beendigung ihres Dienstverhältnisses aufzundigen, und soweit sie keiner Berufsorganisation angehören, die ihnen in diesen Tagen ratend und schützend zur Seite stand, werden die Prinzipale auch in sehr vielen Fällen zu dem gewünschten Ergebnis gekommen sein. Andere Unternehmer, denen aus geschäftlichen Gründen an der Erhaltung ihres Personals gelegen war, versuchten dies dadurch zu erreichen, daß sie mit ihren Angestellten „freiwillige“ Gehaltskürzungen vereinbarten. Beide Bestrebungen erfuhren eine weitgehende Ermüdung durch vertrauliche Rundschreiben, mit denen verschiedene Unternehmervereinigungen und Handelskammern ihren Mitgliedern ganz bestimmte Ratsschlüsse für die praktische Durchführung ihres ebenso kurzfristigen wie unsozialen Bemühens erteilten. Auf diese falsche Beratung wird es wesentlich mit zurückzuführen sein, wenn die Entlassung von Angestellten und die Herabsetzung ihrer Gehälter in mehreren Bezirken schließlich eine solche Ausdehnung annahm, daß die militärischen Behörden sich im Interesse der ruhigen Weiterführung des Wirtschaftslebens zu öffentlichen Warnungen und Strafandrohungen genötigt sahen.

Inwiefern alle diese Vorgänge schließlich den Arbeitsmarkt der Privatbeamten beeinflusst haben, entzog sich bisher der zuverlässigen Feststellung. Wohl haben die einzelnen Berufsvereine gelegentlich über Massenentlassungen oder unerträgliche Gehaltskürzungen geklagt und ein anderes Mal wieder berichtet, daß die Kündigungen nicht den anfänglich befürchteten Umfang angenommen hätten, aber von dem für solche Fälle einzig geeigneten Mittel der Statistik haben sie so gut wie gar keinen Gebrauch gemacht. Nur die beiden freigewerkschaftlichen Verbände der Handlungsgehilfen und der Bureauangestellten haben sich an den wiederholten Erhebungen der Generalkommission beteiligt; aber für die Gesamtheit der Angestellten lassen sich daraus nur sehr unsichere Folgerungen ableiten und es ist daher zu begrüßen, daß nunmehr in den regelmäßigen Erhebungen des Statistischen Amtes zum ersten Male ein brauchbares Zahlenmaterial über die





Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 168 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 5. Garde-Reg.; Garde-Schützen- und Garde-Reserve-Schützen-Batt.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Jäger-Regimenter Nr. 3, 6, 8, 11, 13, 20, 22, 27, 29, 32, 34, 36, 37, 43, 46, 47, 48, 49, 53, 57, 63, 64, 66, 71, 73, 81, 82, 84, 85, 86, 100, 111, 112, 113, 122, 157, 160, 162, 164, 166, 168, 169, 171, 172, 173, 174; Inf.-Reg. v. Reinhard; Reserve-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 10, 11, 17, 22, 25, 28, 27, 30, 40, 45, 53, 59, 65, 75, 79, 80, 81, 98, 100, 201, 202, 205, 216, 217, 219, 226, 231, 239, 240; Landm.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 6, 8, 16, 27, 34, 39, 40, 46, 48, 49, 51, 68, 72, 77, 83, 84, 118; Bataillon v. Bredow; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 8, 25, 26, 28, 33, 42, 70, 83; Landm.-Brigade-Ersatz-Batt. Nr. 42; Landsturm-Bataillone Aachen, Düren, 1. Frankfurt a. O., 11 Kriegsnig, Marienwerder, Mühlstein a. d. Ruhr, Neuruppin; Landsturm-Ersatz-Batt. Nr. 5 des 21. Armeekorps; Jäger-Bataillon Nr. 11; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1 und 5; Radfahrer-Komp. Thon; Südliche Bataill. v. Bredow; Reserve-Reservungs-Maschinengew.-Abteilung Nr. 4 (siehe Landm.-Inf.-Reg. Nr. 68); Kavalleriere Nr. 4, 7; Dragoner Nr. 4, 14, 22; Momen Nr. 3, 5, 12; Jäger zu Pferde Nr. 6; Landm.-Kav.-Reg. Nr. 2 des 6. Landwehrkorps; 2. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 3, 6, 25, 34, 25, 47, 70, 72; Reserve-Feldart.-Regimenter Nr. 7, 11, 18, 30, 44, 49, 68; 2. Garde-Reserve-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 4, 7, 9, 10; Reserve-Fußart.-Regimenter Nr. 1, 6, 7, 25; Pion.-Regimenter Nr. 18, 29, 30, 31; Pion.-Bataillone: 1. Garde, 1., 11. und 111. (Weber) Nr. 16; Pion.-Ersatz-Batt. Nr. 15; Verjüngungskomp.; 49. Reserve-Pion.-Komp. Feldfliegertruppe; Artillerie-Kompagnie Nr. 2; Feldlazarett Nr. 5 des 2. Armeekorps; Reserve-Feldlazarett Nr. 86; Kriegsflazarett-Nr. 1 der 9. Armee; Freiwillige Artillerie-Kompagnie (Notes Kreuz); Reserve-Divisions-Brückentrain Nr. 49; Magazin-Fuhrpark-Kolonne Nr. 1; Reserve-Pferde-Depot Nr. 83; Bewachungskommando des Gefangenen-Depots Nr. 2 Stendal.

Der Schluss der sächsischen Verlustliste Nr. 114 wird bekanntgegeben, deren Inhalt bereits gestern aufgeführt wurde. Es wird ferner veröffentlicht: die Sonder-Verlustliste des Deutschen Heeres (Unermittelte) Nr. 1. (In Kriegsgefangenschaft, im Lazarett oder auf dem Schlachtfeld verlorene Angehörige des Deutschen Heeres, über die zuverlässige Personalangaben fehlen.)

Aus Groß-Berlin. Auf nächtlichen Wegen.

Mitternacht ist vorüber. Ich schlendere über den Rühlendamm und blicke in die Burgstraße ein. Starr und finstern erhebt sich das Sparfassengebäude über der Brücke. Die tote Augen glohen die Fenster in die Nacht. Die Mauern bergen das Glück von diesen tausenden Svarern, den Trost und die Jumerkeit der hoffenden Braut, der forgenden Mutter, des alternden Mannes. So kalt und teilnahmslos ragen die Mauern auf, als bärgen sie nicht in ihrem Innern die Frucht zähen Fleißes, den Erlös verlagter Lebensfreude, des Verzichtes von Gemüßen aller Art. Nur spärlich erleuchtet zieht sich die Straße dahin, eine Kasse eigentlich nur zu nennen mit ihrem schmalen Damm und ihren noch schmälern Fußsteigen. Dampf braust das Wasser unten, in stockfinsterner Tiefe. Mit verstärktem Schall passieren die Wellen das Gefälle. Wie stark doch die Stille der Nacht jedes Geräusch wiedergibt. Im Gebrause des Tages verhallt der Song der Flut fast ganz, jetzt aber hört es sich an, als stürze ein ungehörter Bergbach über Klippen und Gestein. Weiter vorn liegt ein Kahn. Dunkel und unförmig, gleicht er einem schlafenden Ungeheuer. Nichts regt sich im Innern. Rorphyus hat den Schiffer und seine Familie schon längst in seine Arme genommen und ins Traumland entführt, unbeachtet des Brausens der Wellen. Menschenleer ist es ringsum. Der Tritt hallt von den Steinen wider. Ein scharfer Wind streicht an den Häusern hin und rüttelt an Tür und Fenster. Von der Brücke her leuchtet ein rotes Licht. Sein Schein spiegelt sich in der glitzernden Wasserfläche. Nur undeutlich ragt die Gestalt des Kurfürsten aus dem Dunkel empor. Am Schloß blinken ein paar Lichter verstreut durch die Nacht. Träge fließt die Spree vorüber. Nur wenn der nächtliche Wind darüber hinwegstreicht, kräuselt sie ihre Oberfläche wie im Unmut. Wuchtig streift der Dom zu den Gefilden der Sterne empor. Die Schloßuhr verflündet mit dumpfem Schlag die erste Morgenstunde. Trosschen wackeln im Fackeltrab darüber. Der Lustgarten liegt schweigend und verlassen da. Ein einsamer Schuttmann mit aufgeschlagenem Kragen lehnt gelangweilt an einem Sandelbäum. Die letzten Wirtschaftsgäste eilen nach den heimatischen Benoten. Ein Federtrich hat dem Nachbummel ein Ende gemacht. Die Bars, die Weinstuben, die Kabarets, all die Stätten der Lebe- und Galswelt, müssen ihre Porten schließen, wenn die Geisterstunde vorüber ist. Berlin ist Provinz geworden, und die Schlemmer und Bummler müssen brav und solide werden. Sie haben's immerhin noch besser als die armen Krieger, die seit Monaten in nassen Erdhöhlen hausen müssen. Unter den Linden wird es jünger. In den Cafés werden die Lichter ausgedreht. Auch die Friedrichstraße geht schlafen, die Friedrichstraße, wer hätte sich so was träumen lassen. Eine geschminkte und aufgeputzte Frauengestalt pendelt vorüber: „Na, Dickerchen, komm mit, bei mir ist's schön warm!“ Ihre schwarzumrandeten Augen loden und werben. Noch ein letzter Versuch, dann gibt sie es auf. Am Brandenburger Tor steht der Kofen auf dem Ausgand, das Gewehr lose im Arm. Der Tiergarten ist in graue Nebel gehüllt. Die großen Leuchttürme kämpfen erfolgreich gegen die Nacht an. Verspätete Pärchen wandeln auf einsamen Wegen. Sie haben sich noch so viel zu sagen, ehe sie auseinandergehen. Autos schiefen vorüber, die Straßenbahnwagen erledigen ihre letzte Fahrt. Im Innern nickende Köpfe. „Brandenburger Tor,“ ruft der Schaffner mit müder Stimme hinein. Dann zieht er die Leine, und der Führer furbelt. Bald ist der Potsdamer Platz erreicht. Ganz ungewohnt fremd und leer mutet er uns an. Alle Restaurants und Cafés zu. An den Galteistellen fröstelnde Penichen, die auf „ihren“ Wagen warten. Wenn er kommt, gibt's ein hastiges Gedränge. Bald sind alle verkauft. Dana breitet sich eine Ruhe

über den Platz, wie er sie seit vielen Jahrzehnten nicht gekannt haben mag. Die Weltstadt hat ihren Schlaf gefunden. Wie lange es dauern mag? Wir wissen es nicht. Bis draußen im Felde die Entscheidung gefallen ist! Dann wird Frau Verolina sich die verschlafenen Augen auswischen und glücklich lächelnd rufen: „Nu kann's wieder losgehen!“

Brotprämien

werden im „Berliner Lokal-Anzeiger“ von einem Brotkommissar angeregt für diejenigen Haushaltungen, die bis August die wenigsten Brotmarken verbrauchen. Wie denkt sich wohl der gute Mann die gewaltige Arbeit, die zu prämiierenden Haushaltungen aus den Millionen von Brotkartenersten herauszufinden? Man hat doch jetzt wichtigeres zu tun. Das Auslegen von Prämien würde schon deshalb vollkommen verfehlt sein, weil die an Zahl überwiegender Bevölkerungskreise, die in der Hauptsache auf den Brot- und Kartoffelgenuß angewiesen sind, unter der notwendigen Einschränkung mit der gesamten, für sie pro Woche verfügbaren Brotmenge knapp auskommen. Die Prämien werden daher müßiges solches Kreisen zu fallen, die ohne jede Einschränkung einen erheblichen Teil der Brotmarken nicht verbrauchen.

Brotmarken nur für acht Tage

läßt die Gemeinde Treptow verteilen. Sie hat sämtlich als Brotkommissare fungierende Hausbesitzer angewiesen, die Brotmarken für die zweite Brotwoche bis zum Beginn derselben zurückzuhalten. Infolgedessen wurden sämtliche Treptower Haushaltungen doppelt in Anspruch genommen, mußten sogar doppelt quittieren. Von der nächsten Woche ab sollen die Brotmarken bekanntlich für sechs Wochen ausgegeben werden. Wird auch dann die Gemeinde Treptow wieder eigene Wege gehen?

Erlaß über Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Laut Bundesratsbeschlusses vom 25. Februar 1915 erlischt die vor dem 15. März 1915 noch Mögliche der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 erfolgte Zulassung eines Kraftfahrzeuges zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen mit dem 14. März 1915. Die hiernach wirkungslos gewordene Zulassungsbescheinigung hat innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin der Eigentümer des Fahrzeuges an meine Verkehrsabteilung (Abteilung X) abzuliefern.

Der gemäß § 3 des Bundesratsbeschlusses erforderliche Antrag auf Erneuerung der erloschenen Zulassung ist vom Eigentümer des Fahrzeuges schriftlich bei der genannten Dienststelle anzubringen. In dem Antrage sind anzugeben: 1. Name und Stand des Eigentümers, 2. das zugeleitete polizeiliche Kennzeichen, 3. Art, Bestimmung und Standort des Fahrzeuges, 4. die Umstände, die die weitere Zulassung begründen, 5. Gesamtzahl und Art der im Besitze des Antragstellers befindlichen Kraftfahrzeuge und Verkehrswerke.

Ich erlaube, etwaige Anträge hinsichtlich umgehend einzureichen unter Beifügung der bisherigen Zulassungsscheine, damit meine Entscheidung noch vor dem 15. März d. J. getroffen werden kann.

Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß den Eigentümern der von neuem zugelassenen Fahrzeuge ein Anspruch gegenüber der Militärbehörde auf Lieferung der erforderlichen Bereifung oder sonstiger Brennstoffen nicht zusteht und daß die bisher hierüber erlassenen militärischen Anordnungen nach wie vor bestehen bleiben. Schon deshalb empfiehlt es sich, die Anträge auf weitere Zulassung auf die dringendsten Fälle zu beschränken.

Rechtsstreit wegen Herabsetzung der Polizeistunde.

Die Veranstaltung eines Artistenabends, die in der Art eines „Herrenabends“ im Saal des Berliner Gastwirts W. vor etwa 1500 Personen am 5. Dezember 1913 in der Zeit von 11 Uhr abends bis 1 Uhr nachts stattfand, hatte für den Gastwirt unangenehme Folgen. Die Behörde machte ihn dafür verantwortlich, daß er die Vorbereitungen duldet, die einen außerordentlich stark unzufriedenen, zum Teil aus Fernreise grenzenden Charakter getragen hätten. Der Wirt wurde im Strafverfahren wegen Beihilfe zur Erregung öffentlichen Aergernisses rechtskräftig zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einem weiteren Verfahren auf Konzessionsentziehung erkannte der Bezirksausschuß jedoch auf Abweisung der Klage des Polizeipräsidenten. Die Erledigung dieses Verfahrens in letzter Instanz steht noch aus.

Herner hatte der Polizeipräsident die Polizeistunde, die auf 2 Uhr nachts verlängert war, auf 11 Uhr, also auf die gewöhnliche Polizeistunde, beschränkt. Die hiergegen erhobene Beschwerde verwarf der Oberpräsident. Darauf klagte der Wirt gegen den Oberpräsidenten auf Aufhebung der Herabsetzung der Polizeistunde. Neben die Klage hatte dieser Tage das Oberverwaltungsgericht zu befinden. Es handelte sich, daß der Kläger einige Tage vor der Veranstaltung des Artistenabends auf dem Gebiet von einem Polizeikommissar darauf hingewiesen war, daß er aufpassen möge, weil mit beschleunigten Vorkehrungen zu rechnen wäre, wenn auch zurecht noch kein Grund zum polizeilichen Einschreiten bestände. Der Kläger hatte seine Keller und einen Freund angewiesen, aufzupassen. Andererseits handelte sich, daß ein Kriminalschuttmann und zwei Polizeigenossen anwesend waren, das Revier aber nicht veranlaßten, ein polizeiliches Einschreiten anzuordnen.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage des Gastwirts ab und erklärte die Herabsetzung der Polizeistunde für gerechtfertigt, weil der Kläger nicht ohne Schuld sei. Mit dem Reichsgericht (in der erwähnten Strafsache) wäre anzunehmen, daß sich der Wirt im Punkte der Aufsicht nicht auf seine Keller und seinen Freund verlassen dürften. Er selber als Wirt hätte unter den obwaltenden Umständen die Aufsicht über müssen. Nur müßte ja allerdings dem Wirt in gewisser Beziehung entschuldigend angedeutet werden, daß das Verhalten der obervierenden Polizeibeamten, nämlich die Nichtveranlassung eines polizeilichen Einschreitens ihrerseits, kaum als ein solches angesehen werden könnte, wie es hätte sein müssen. Dadurch werde aber der Wirt nicht im Ganzen von der Schuld befreit, daß er seine Pflicht zur Aufsicht im Saal ganz vernachlässigt habe. Aus diesem Grunde rechtfertigte sich die Herabsetzung der Polizeistunde.

Gegen Kartoffelwucher.

Selbsthülfe der Kartoffelverbraucher gegen die vielfach unerträglichen Verhältnisse beim Kartoffelkauf hat der Kriegsausschuß für Kontumenteninteressen nunmehr proklamiert. Sein Bezirksausschuß für die Mark Brandenburg (Berlin W 35, Potsdamer Str. 36) forderte die ihm angeschlossenen Verbände, hinter denen mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung steht, zu regelmäßiger und

scharfer Kontrolle des Kartoffelverkaufs auf. Vor allem kommt es ihm auf folgende Feststellungen an: Ueberstreichungen der Produzenten-Höchstpreise, Drohungen und ungesetzlicher Zwang zur Abnahme anderer Artikel und zur Inhaft der Kartoffeln „Kartoffelmarken“-Umwesen, Verfälschung und Zurückhalten von Kartoffeln zur Erreichung höherer Preise. Alle Mitteilungen sollen genaue Angaben über die in Betracht kommenden Personen und Firmen enthalten, damit den maßgebenden Instanzen, die eine derartige private Beaufsichtigung der Lebensmittelverteilung durchaus für wünschenswert halten, das Material lädenlos zur weiteren Verwertung übergeben werden kann. Unvollständiges Meldungen haben also keinen Zweck. Der Kriegsausschuß glaubt auf diese Weise der ihm aus zahlreichen Zuschriften gefamten verhängnisvollen Angst der Kartoffelkäufer vor ihren Lieferanten und ihrer Scheu vor den notwendigen Anzeigen bei der Polizei entgegenzukommen und im vaterländischen Interesse für eine energische Durchführung der behördlichen Anordnungen bis zu der von ihm geforderten Beschlagnahme und Verteilung der Kartoffelbestände wirken zu können.

Stadtratswahl.

Im Berliner Magistrat ist die Stelle eines unbesoldeten Stadtrates zu besetzen. Ein mit der Vorbereitung der Wahl betrauter Ausschuß ist eingesetzt mit der Prüfung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten. Wie bei früheren Gelegenheiten, hat auch diesmal unsere Stadtverordnetenfraktion einen Kandidaten aus ihrer Mitte in Vorschlag gebracht und den Genossen Sassenbach als geeigneten Mann anzuzeigen. Der Stadtratsausschuß hat beschlossen, erst in den Präzisions-Anfrage nach ihrer Stellung zu der vorgeschlagenen Kandidatur halten zu lassen. Aus dem Umstande, daß das „Berliner Tageblatt“ berichtet hatte, man wolle den freien Stadtratsposten dem Genossen Sassenbach anbieten, sieht sich die „Deutsche Tageszeitung“ in der Zeit des Burgfriedens zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

„Wenn diese Nachricht auf Tatsachen beruht, so würde mit der Wahl Sassenbachs die Stadt Berlin den ersten sozialdemokratischen Stadtrat erhalten — ein Geschick, das vor Kriegsbeginn einfach unmöglich gewesen wäre. Besonders auffällig ist auch die Form des Anbietens; denn bisher hatten die Sozialdemokraten wohl mehrere Male Ansprüche auf einen Posten im Magistrat erhoben, aber jedesmal vergeblich. In ein Anbieten der anderen Seite hätte gewiß niemand gedacht. So haben sich die Zeiten geändert! — Der neue Stadtratskandidat ist übrigens ein lehrreicher Mann mit großer Erfahrung auf sozialem Gebiete. Seine persönliche Ehrenhaftigkeit steht auch bei den politischen Gegnern außer allem Zweifel.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich beruhigen. Die Sachlage ist nicht anders wie in früheren Jahren; unsere Fraktion erhebt erneut ihren Anspruch, auch im Magistrat vertreten zu sein, auch diesmal aus den gleichen Gründen wie früher, nämlich, daß aus politischen Gründen eine Benachteiligung einer Partei nicht erfolgen darf, wenn die Qualifikation vorhanden ist.

Stadtsverhandlung in Schöneberg.

Bei der Vorlegung des neuen Etats in der letzten Stadtverordnetenversammlung wies der Rämmerer Machowicz darauf hin, daß der Ausfall an Steuern insgesamt annähernd eine Million Mark betragen werde. Trotz der größten Sparsamkeit solle an Wohlfahrts- und Gesundheitsansprüchen nicht gespart werden. Vom Grundbesitz und Gewerbe könne keine neuen Steuern erhoben werden, da infolge des Krieges beide erheblich geschädigt seien. Die indirekten Steuern sollen nicht erhöht werden, obwohl der Ausfall der Umsatz- und Wertzuwachssteuern recht groß sei. Schöneberg müsse, wenn die Ausgaben mit den Einnahmen einigermassen in Einklang gebracht werden sollen, 140 Prozent Gemeindefinanzmangel ausfüllen. — Stadtv. W e t t e r (Vid. Pratz.) verlangt, daß sorgfältig geprüft werde, ob der Zuschlag der bisherigen 110 Prozent ungenügend und welche Erhöhung notwendig sei.

Genosse V e r n s t e i n wendet sich gegen unbedingte Streichungen und fordert die Einsetzung von Mitteln für die Kinderkassenspeisung, die Einführung unentgeltlicher Lernmittel und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter. An Arbeiterlöhnen dürfe nicht gespart oder sogar zu Entlassungen gespart werden. In der Straßenreinigung und Gärtnerei scheint man besonders rigoros vorzugehen, obwohl es überall an Arbeitskräften mangelt. Der Armenetat zeigt eine Steigerung, die jedoch bei den Unterhaltungs- und Verpflegungsbudgeten nicht in Erscheinung trete. Durch große Anläufe von Lebensmittel müsse dafür gefordert werden, daß die Kerntzen der Armen nicht in Not geraten. Auch die Einrichtung eines Mietvermittlungsbüros, wie es die Bundesratsverordnung vorsehe, müsse endlich in Schöneberg durchgeführt werden. Die Steuerfragen sollen vorsichtig behandelt und sorgfältig geprüft werden, um etwas Einseitiges zu schaffen. Die Eingemeindung nach Berlin müsse stärker als bisher betrieben werden.

J a g o w (Vid. Bg.) will, daß in der Straßenreinigung und Gärtnerei mehr gespart wird. Der hohe Steuerzuschlag solle besonders eingehend geprüft und dabei erwogen werden, ob es notwendig sei über die anderen Gemeinden hinauszugehen.

Hierauf wurde der Etat dem zuständigen Ausschuß übergeben, dem die Genossen Vernstein, Küter und Wollenbuhz angehören.

Kartoffelverkauf in Neuföln.

Die Lagerbestände der Stadtgemeinde Neuföln in Kartoffeln sind jetzt ausverkauft. Es sind jedoch bereits weitere Lieferungsverträge abgeschlossen. Da sich jedoch nicht übersehen läßt, in welchem Umfang und in welchen Zwischenräumen die Kartoffellieferungen eintreffen, kann die Ausgabe der Kartoffeln an die hiesigen Kartoffelkäufer nicht mehr erfolgen. Der Sonderausschuß II der Kriegsnotstandskommission hat gestern beschlossen, vom Montag, den 8. d. Mts., ab drei städtische Kartoffelverkaufsstellen einzurichten und zwar in der Straßenreinigungskaufhalle Berliner Str. 35/39, in der Feuerwache Kirchhofstraße 44/45 und auf den städtischen Eiswerken Mittelbuschweg 26/27. In diesen drei Stellen findet die Kartoffelausgabe nur an hiesige Bürger statt. Der Kartoffelkäufer von der Stadt bezieht, kann sich vom Freitag, den 6. d. Mts., ab gegen Entrichtung von 6,— M. in der für seine Wohnung zuständigen Steuerzahlstelle einen Kartoffelbezugschein lösen. Dieser berechtigt in Zwischenräumen von 7 zu 7 Tagen, also immer an denselben Werktagen jeder Woche viermal je 25 Pfd. Kartoffeln zu beziehen. Auf dem Bezugschein ist die zuständige Kartoffelverkaufsstelle anzugeben. Nur in den Besitz eines Bezugscheines zu gelangen, ist die Vorlegung der Steuerkarte erforderlich. Wer nicht in Besitz einer Steuerkarte ist, hat sich durch Vorlegung des Mietvertrages oder einer Anmeldung auszuweisen. Jede Steuerzahlstelle hat 400 Bezugscheine erhalten. Diese Zahl entspricht einer Abfertigung von täglich 800 Personen an jeder Kartoffelverkaufsstelle. Der Bezugschein enthält vier Felder, in welche durch Tagesstempel der Kartoffelverkauf vermerkt wird. Bei der Abfertigung erhält jeder Käufer eine Nummerkarte, wodurch eine regelmäßige Abfertigung gewährleistet wird. Nach Ablauf der Bezugscheine innerhalb vier Wochen werden die noch nicht berücksichtigten Bürger zum Kartoffelkauf zugelassen werden. Sollten die Lieferungen derart regelmäßig erfolgen, daß die Berücksichtigung anderer Personen stattfinden kann, wird die

Einrichtung noch weiterer Kartoffelverkaufsstellen in Erwägung gezogen werden.

**Adolf Becker.**

Unsere Tegelener Parteiorganisation hat soeben eines ihrer Ältesten Mitglieder verloren. Am Sonnabend, den 27. Februar, verstarb nach nur kurzem Krankenlager Genosse Adolf Becker an Herzschlag im Alter von 54 Jahren. Von Beruf Wäschezusneider, hatte unser alter Freund wegen vorgerückten Alters in letzter Zeit in seinem Alter nur schwer Stellung finden können. Seine Bemühungen, sich durch Kriegsarbeit durchzuschlagen, mißlang. Die Arbeit war zu schwer; Becker war den Anforderungen nicht mehr gewachsen und ein plötzlicher Tod machte seinem Leben ein Ende. Ein Menschenalter hindurch hat Becker der Partei, insbesondere unter der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, seine Dienste arbeitsfreudig geleistet, viele Jahre war er Parteifunktionär, den Jungen ein Vorbild, stets anfeuernd. In den 8 Jahren, die er in Tegel sich betätigte — vorher war er im 6. und 4. Kreis tätig gewesen — versagte er nie. Er war immer für jede Kleinarbeit zu haben. Mögen sich unsere Parteigenossen, besonders auch die jugendlichen, an der Opferwilligkeit Adolf Beckers ein Beispiel nehmen.

Heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, findet im Krematorium in der Gerichtstraße in Berlin die Einäscherung statt.

**Enttäuscht** wurden an den Tagen vor dem 1. März zahlreiche Personen, welche auf Freikarten die „Römische Oper“ besuchen wollten. Für das Aushängen von Plakaten war Geschäftsführer eine für 2 Personen geltende Freikarte befristet worden, die zum Besuch der „Römischen Oper“ an einem beliebigen Tage außer Sonnabend bis zum 1. März 1915 berechtigte. Am 25. Februar drängten sich an der Kasse des Theaters etwa 300 Personen. Alle schimpften und lärmten, weil sie auf ihre Freikarte keinen Einlass fanden. Es stellte sich heraus, daß 150 M. nachgezahlt werden mußte, wenn die Freikarte benutzt werden darf. Ein Fall wird nun berichtet, daß die Kassiererin einer Frau, die bis 9 Uhr gewartet hatte und nun erst an die Kasse berankam, die Freikarte zerriß mit dem Bemerkens, sich bei der Direktion zu beschweren. Diese Behandlung hatte große Enttäuschung und Entrüstung hervorgerufen und es dürfte angebracht sein, daß die Direktion sich zu der Sache äußert.

**Kartoffelschwinder.**

Die jetzt bestehende Kartoffelknappheit benutzt ein Schwinder, um kleinere Geschäftsteile zu betrügen. Der Schwinder, der häusliche Kleidung trägt, erschien in einer Gastwirtschaft und sprach davon, daß er 80 Zentner Kartoffeln zum Preise von 4,20 M. zu verkaufen habe. Zwei Grüntrambändler, die bereit waren, die Kartoffeln abzunehmen, sollten jedoch sofort eine Anzahlung leisten, was abgelehnt wurde. Auch noch an anderen Stellen sind Leute aufgetreten, die Kartoffeln verkaufen wollten, aber gleich Anzahlung verlangten.

Eine **Gadegplosion** ereignete sich gestern auf dem Grundstück Gattenstraße 3. Dort war im dritten Stock des Luergebäudes die Leitung schadhaft geworden. Beim Abkühlen entzündete sich das ausgeströmte Gas und der Arbeiter Siska zog sich am Gesicht und am Hals erhebliche Brandwunden zu. Der Verletzte konnte, nachdem er einen Notverband erhalten hatte, seine Wohnung aufsuchen.

**Verbrüht.** Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in Weihensee zugetragen. Die in der Langhausstr. 127 wohnende Frau Zapfack, deren Mann sich im Felde befindet, war in der Küche beschäftigt, während die beiden Kinder in ihrer Nähe spielten. Als Frau Z. einen Kessel mit kochendem Wasser auf den Fußboden gestellt und sich für einen Augenblick abgemeldet hatte, machte sich die 1½-jährige Antonie hinter dem Rücken der Mutter an dem Gefäß zu schaffen und warf es um. Dabei fiel auch die Kleine hin und die siedende Flüssigkeit ergoß sich über das bedauernswerte Kind, das an der Brust und am Rücken schwer verbrüht wurde. Auf Anordnung eines hinzugerufenen Arztes wurde das Mädchen nach dem Säuglingskrankenhaus geschafft, wo es seinen schweren Brandwunden erlag.

Ein **größerer Fabrikbrand** beschäftigte die Schöneberger Feuerwehr in der Groggörschenstr. 38. Dort fand gestern früh um 3 Uhr der Lagerraum der Fabrik elektrischer Apparate von B. Behrens u. Ohlhoff in Flammen. Als die Berliner und Schöneberger Feuerwehr an der Brandstelle erschienen, brannten dort Regale, in denen Apparate lagerten, technische Artikel, Packmaterialien u. a. in solcher Ausdehnung, daß mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte. Die Entstehung des gefährlichen Brandes war noch nicht aufzuklären.

Für eine **Vergeßlichkeit** schwer bestraft wurde eine Frau B. aus Weib. Als sie am Sonntagnachmittag zwischen 4½ und 5 Uhr in der Boddinstraße zu Neukölln einen Straßenbahnwagen verließ, vergaß sie die neben ihr auf dem Sitz liegende Handtasche mitzunehmen. Die Tasche enthielt einen Tausendmarkschein, einen Beutel mit 700 Mark und einen zweiten mit 120 Mark. Die Verliererin gibt dem Wiederbringer 200 Mark Belohnung.

**Kleine Nachrichten.** Der 24 Jahre alte Arbeiter Max Bartelt aus der Stauffschreiberstr. 47 wurde auf dem Abort seiner Arbeitsstelle tot aufgefunden. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. — Allen Anschein nach einem Schlaganfall erlegen ist die 53jährige Händlerin Hedwig Abel aus der Frobensstr. 26.

**Walhalla-Theater.** Theaterdirektoren und Theaterdichter haben es jetzt nicht leicht. Man möchte „durchhalten“, und da müssen alle Aufwendungen auf das geringste Maß beschränkt werden, zumal da, wo für geringes Eintrittsgeld Auge und Ohr befriedigt werden sollen. Natürlich wird überall der Krieg in den verschiedensten Formen parodiert. Es ist schon unglaublicher Widsinn produziert worden; aber das Publikum klaut wie toll und das war schließlich die Hauptsache. Auch das „Zeitbild mit Gesang in 4 Akten“, betitelt „1914“, das im Walhalla-Theater zur Aufführung gelangt, ist nicht frei von Plattheiten, die einem etwas kritisch veranlagten Zuhörer nicht behagen; aber es enthält auch eine Reihe annehmbarer „Schlager“, wenn man so sagen darf. Das ganze Notiz ist eigentlich nur aufgewärmt und auftrifft. Daß die Tochter eines Gastwirts sich in einen Kaffeebar verliebt, daß das Verhältnis wegen der nicht passenden Standesunterschiede gelöst wird und die Verlassene als Kote-Kreuz-Schwester in den Krieg zieht und auf dem Schlachtfelde ihren Geliebten schwer verwundet findet ist Wiederholung. Wir wollen aber nicht weiter rechten, zumal einige von Otto Reutter verfasste Couplets akzeptabel sind, wie beispielsweise die Mahnung, den Siegesjubiläum nicht so laut und aufdringlich hinauszuschreien. Auch das im Stück eingefreute Couplet von „unserm Leutnant“ haben wir schon anderweitig vortragen hören. Trotzdem unterliegt das lebhafteste Spiel, um das sich vor allem die Herren Schmarow und Max Steidl, Karl Zirkner, Paul Tobbe sowie die Damen Rosa Scheffel, Emmy Carlzen, Traute Tinius und Wally Clara sehr verdient machen.

Die nächste **Versammlung der ostpreussischen Flüchtlinge** findet am Mittwoch, den 3. d. M., nachmittags 4½ Uhr, im großen Saale der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, statt. Den Vortrag wird halten der Landtagsabgeordnete Dr. Wagner, Mathematiker und Abteilungsleiter der Landesversicherungsanstalt Schlesien.

**Vermißt** wird der Leutnant Richard Fleischer vom Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 48, 8. Kompanie, seit dem Sturmangriff bei Romkapella am 20. Oktober 1914. Nachrichten über den Vermissen erbittet Albert Fleischer, Pantow, Wollanstr. 127.

**Straßensperrung.** Der Polizeipräsident macht unter dem 2. März bekannt: Die Friedrichstraße wird zwischen der Karlstraße und der oberströmischen Kirchstraße über die Spree aus Anlaß von Untergrundbahnarbeiten vom heutigen Tage ab auf 4 Wochen für den Fußverkehrsverkehr gesperrt.

**Kleine Nachrichten.**

**Eine Kriegstrauung ohne . . . Bräutigam.**

Der Weltkrieg bringt eigenartige Geschehnisse zutage. Bisher wußte man nur, daß in früheren Zeiten sich Könige durch einen Stellvertreter trauen ließen, ohne selbst bei ihrer Trauung dabei zu sein. Diese Sitte ist nun auch gezwungenermaßen auf manche bürgerlichen Bräute übertragen worden. In der Stadt Aich wurde eine Kriegstrauung mit . . . einem Stellvertreter abgehalten. Es war also eine Trauung, bei der der Bräutigam nicht da war. Der Stellvertreter war der Bruder des Bräutigams, der von dem richtigen Bräutigam die Vollmacht dazu erhalten hatte, an seiner Stelle mit seiner Braut vor dem Altar zu treten. Naturgemäß ist eine solche Trauung nur gültig, wenn auch die gesetzlichen Vorschriften genau innegehalten werden. Es wird vielen unbekannt sein, daß in Deutschland die Möglichkeit besteht, eine Trauung durch einen Stellvertreter vornehmen zu lassen. Das bürgerliche Gesetzbuch hat auch den Fall vorgesehen, daß, wenn ein Bräutigam verhindert ist, dem Trauungsakte beizuwohnen, er trotzdem die Trauung an einem bestimmten Tage vollziehen lassen kann. Der § 76 regelt diese Frage. Der Krieg ist naturgemäß ein sehr wichtiger Grund, da ein Kriegsteilnehmer durch höhere Gewalt verhindert ist, zur rechten Zeit bei der Trauung zu erscheinen. Nun wurde in dem Falle der Stadt Aich tatsächlich dieses letzte Ereignis wirksam, denn hier fand nach Regelung aller notwendigen gesetzlichen Vorbedingungen die Kriegstrauung ohne Bräutigam statt.

**Ein alter Bekannter.**

In der „Königlichen Zeitung“ befand sich kürzlich folgendes Angebot:

Für Magistrat und städtische Behörden.  
Ca. 50 Waggons  
**fetter und magerer Speck**  
abzugeben. Adolf Hesberg, Hamburg,  
Wolfgangsweg 5.

Ein alter Bekannter, der Herr Adolf Hesberg! Im Anfange des Krieges begegnete man ihm schon einmal in den Inseratenpalten des genannten Blattes. Da hielt er Kartoffeln feil! Auch waggungsweise. Jetzt hat er Speck, fett und mager. Vor den Kartoffeln vermittelte er Arbeitswägen. Ebenfalls fett und mager sozusagen, denn er lieferte für alle Betriebe, Fußschmiede und Konditoren. Man kann also nicht sagen, daß er seinem Verufe untreu geworden ist.

**Ein Postauto verunglückt.**

Einer Meldung aus Würzburg zufolge klappte Sonntagabend auf der Fahrt von Würzburg nach Amstein im Gramschager Wald das Amsteiner Postauto um und stürzte in einen Graben, wobei zehn Personen verletzt wurden. In das Juliuspital wurden als schwer verletzt gebracht Rotar Hartwig aus Amstein, dessen Frau und Kind sowie Krankenpfleger Weidner.

Reisende **Berliner Einbrecher** haben in der Nacht zum Sonntag in Kottbus eine Gastrolle gegeben. Sie kamen abends an, suchten ein Gasthaus auf, trugen sich dort unter falschem Namen in die Fremdenliste ein, schloßen dann im Laufe der Nacht ein Geschäftshaus von Richter in der Sandower Straße auf, und erbeuteten aus der Registrierkasse 50 M. Kleingeld und aus den Verkaufs- und Lagerräumen für 2000 M. Warenhauswaren aller Art. Mit Paketen beladen begaben sich die Einbrecher nach dem Bahnhof, um mit dem Zuge nach Berlin zurück zu fahren.

**Verhafteter Raubmörder.** Nach einer Meldung aus Prag ist der Mörder, der die 85 Jahre alte Witwe Anna Vina ermordete und beraubte, nun in der Person des stellunglosen Handlungsbediensteten Franz Vancier verhaftet worden. Die Köchlerin Franziska Husov erstattete bei der Polizei Anzeige, daß Vancier, von Gewissensbissen geplagt, ihr gestanden habe, den Raubmord begangen zu haben. Der Verbrecher, der sofort ein Geständnis ablegte, nahm während des Verhörs Gift zu sich, dessen Wirkung aber durch angewandte Gegenmittel verhindert wurde.

**Parteiveranstaltungen.**

**Neukölln.** Die Jugendsektion hält in diesem Monat einen Vortragskursus über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbewegung“ ab. Referent ist der Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses, Genosse Reimer. Der erste Vortrag findet heute Abend statt. Das Versammlungsort befindet sich in Zukunft bei Gützig, Erlstr. 8, Ecke Donaustraße.  
**Nowawes.** Heute Abend 8½ Uhr findet im Lokale „Deutsche Festhalle“ (Hermann Wolfgamm), Wilhelmstr. 41/43, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Hanauer über „Unsere Ernährung während des Krieges“ spricht.

**Jugendveranstaltungen.**

**Pantow.** Das Jugendheim ist jeden Mittwoch von 3—5 für Kinder geöffnet. — Zu den Vorträgen bei der Schulentlassungsfeier sind Anmeldungen von Kindern und Jugendlichen im Heim erwünscht.

**Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.**

**Köpenick.** Donnerstag, den 4. März, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Hindenstr. 3, IV. Hof rechts, portierlos, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Ratrage ist ein Qualitäts- und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Preisliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Christkäse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.  
**R. S. 100.** Für den Fernliebenden ist es nicht gut möglich, in reinen Empfindungsfragen ein Urteil abzugeben. Wohl ist für einen Schwerhörigen mehr Vorsicht am Platze, schließlich ist aber die Charaktereigenschaft der betreffenden Person ausschlaggebend. — **R. S. 25.** Darüber entscheidet der Militärarzt. Jedenfalls spricht das Stadium der Krankheit dabei mit. — **R. Smet.** 1. 70 in der Minute. 2. Hat damit nichts zu tun. 3. Ist nicht anzunehmen. 4. In das neutrale Ausland, ja. — **G. R. 26.** Bei der vorigen Kriegsanleihe war dies der Fall; ob diesmal auch, ist uns nicht mitgeteilt, können Sie aber bei Ihrer Eingangsstelle erfahren. — **Streiter im Felde.** 1. Bar als Pension eingezogen, vorläufig aber überzählig. 2. Für Besondere solltet, sonst wie früher. 3. An diesem Rechtszustand ist nichts geändert. — **A. B. 98.** In 30 Jahren. — **M. S. 266.** Sie erhalten die Unterstützung von der Gemeinde, in der Sie zur Zeit der Einberufung Ihres Mannes wohnen. Selbst wenn Ihr Mann vor dem 1. April eingezogen wird, ist damit der Vertrag nicht gelöst. — **M. S. 25.** 1. Einseitige Unterleibsbrüche, aber noch dienstfähig. 2. Wegen Verlängerung, Verhütung, Verfallung oder Steifheit von Gliedmaßen dienstuntauglich. — **Kriegsgehort 1883.** 1. und 2. Ja. 3. 12 M. monatlich und 12 M. gemeindliche Unterstützung. 4. Ja. — **S. R. III.** Rein. — **C. T. 99.** Wegen erheblicher Schwächung des Körpers dienstuntauglich. — **F. S. 25.** Zurückgestellt wegen Krankheit der Unterleibsorgane. — **M. S. 72.** Ja. — **G. S. 35.** Wenn beide Eheleute keine Kasse angeordnet, haben sie keinen Anspruch auf Wochenhilfe. — **M. S. 1.** In zwei Jahren müssen zwanzig Markten geleistet sein; die niedrigste Klasse kann geleistet werden. — **M. 34a.** Die Bedürftigkeit wird in Ihrem Fall zu verneinen sein. Sie haben daher keinen Anspruch auf Unterstützung. — **M. 12.** 1. Ja. 2. 4,50 M. 3. Ja. — **S. A. 1915.** 1. und 2. Ja. — **G. R. 47.** Den Betrag kann nur der Vater fütigen. Die Kündigung wäre zum 1. Juli d. J. zulässig, wenn im Vertrag beim Todesfall nichts anderes bestimmt ist. — **A. J. 99.** Rein.

**Wöchentlich Marktbericht der Königlich-Königlichen Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** (Ohne Verbindlichkeit.) Dienstag, den 2. März 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 82—95, do. IIa 74—82, do. IIIa 67—78; Schweinefleisch Ia 72—84, do. IIa 68—72; Rülbe, fett 62—68, do. mager 53—60, do. dünn 50—57; Pfeffer 60—70, Pfeffer, baltische, 55—65, Bullen, baltische, 60—70; Kalbfleisch, Doppelender 120—130; Rastlüber Ia 85—100, do. IIa 75—84; Rülber ger. gen. 48—60. Hammelfleisch: Rastlamm 88—100; Hammel Ia 81—87, do. IIa 78—80; Schafle 80—87. Schweinefleisch: Schmeiner, fetter 98—113, fettloses 88—97, dünn 75—78, dünn, Schmeiner 78—83. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kaisertrone 0,00; Magnum bonum 0,00; Wollmann 0,00—0,00; Porret, Schod 0,70—1,50; Sellerie, Schod 5,00—10,00; Spinat 60 kg 15,00—24,00; Mohrrüben 8,00—9,00; Birjingslobl Schod 8,00—14,00; Birjingslobl 50 kg 9,00—10,00; Weizlobl Schod 8,00—15,00; Weizlobl 50 kg 9,00—10,00; Kollfobl, Schod 8,00—15,00; Kollfobl 50 kg 9,00 bis 10,00; Grünlobl 50 kg 8,00—12,00; Strohtrüben 50 kg 6,50—8,00; Zeltomer Rülben 50 kg 12,00—16,00, Märtsche Rülben 50 kg 8,00—18,00; Rosenlobl 50 kg 20,00—30,00, Meerrettich Schod 6,00—14,00; Peterfiliemurzel Schodbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 15,00—17,00; Rhabarber, Hamburger, 100 Stk 8—14, Kpfeisimen: Italienische 50 kg 16,00—18,00, dito 300 Stk 8,00—9,00, 300 Stk 9,00—10,00, Murcia 200 Stk 13,00—18,00, dito 300 Stk 10,00—15,00, Messina 160 Stk 10,00—14,00, 200 Stk 8,00—14,00, 300 Stk 8,00—15,00, Messina Stk 80 Stk 8,50—9,00, do. 100 Stk 7,00—8,75, do. 150 Stk 7,00—10,00, Spanische 420 Stk 22,00—30,00, do. 714 Stk 25,00—32,00, do. 1064 Stk 28,00—35,00, do. 420 Stk. large 23,00—40,00.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen:** Teilweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit öfter niederhaltend, im allgemeinen geringeren Schnee- und Graupelhaucern. Im östlichen Küstengebiet möglicher Frost, sonst Temperaturen nahe bei Null.



**Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten**  
für unsere Krieger durch die Feldpost

Preis N<sup>o</sup> 3 ¼ 4 5 6 8 10  
3 ¼ 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.  
20 Stck Salem Zigaretten Portofrei!  
50 Stck Salem Zigaretten 10 Pf. Porto!  
Orient Tabak u. Cigaretten-Fabr.  
Yenidze, Dresden, Jnh. Hugo Zietz,  
Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

**! Das Geheimnis!**  
der Erhaltung des Leinens liegt in dem Gebrauche  
von  
**Minlos'schem Waschpulver.**

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. A. Sahnisch, Kiderstr. 174.  
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Roppenstr. 82, R. Wengels, Markstr. 36.  
NO. 2. Nacht, Ammanneistr. 12, J. Reul, Barnimstr. 42.  
N. A. Wolgast, Wallstraße 9, G. Fischer, Ballinstraße 6.  
N. A. Mars, Greifenbagenstr. 22, J. Könnich, Rülberstr. 34a, G. Vogel, Lortzingstr. 37, H. Ties, Invalidenstr. 124.  
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48.  
SW. G. Schmidt, Birnbaumstr. 42, Taehn, Hagelberger Str. 27, S. St. Fris, Singenstr. 31, G. Lehmann, Kottbuer Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lankner Platz 14/15, P. Horich, Engelager 15.  
Adlershof, Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.  
Baumschulenweg, G. Hornig, Marienbader Str. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Rühlstr. 10.  
Charlottenburg, Gustav Schornberg, Tejenheimer Str. 1, Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal, Max Gonschur, Parkstr. 23.  
Karlshorst, Oskar Schaarschmidt, Auguste-Viktoria-Str. 18.  
Köpenick, Emil Wähler, Riegerstr. 6, Laden.  
Lichtenberg I, Otto Zeifel, Bartenbergstr. 1.  
Lichtenberg II, A. Rosenkranz, Alt-Forstagen 56.  
Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50, G. Rohr, Steglitzstr. 28/29.  
Nieder-Schöneweide, Wilh. Harub, Brändstr. 10.  
Nowawes, Karl Kroschberg, Reberichsplatz 27.  
Ober-Schöneweide, Alfred Baber, Wilhelmminenhofstr. 17, Laden.  
Pantow, Otto Rihmann, Rühlstr. 30.  
Reinickendorf, P. Garich, Propingstr. 56, Laden.  
Schöneberg, Wilhelm Baunier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.  
Spandau, Köppen, Breiter 64.  
Steglitz, G. Bernice, Wollstr. 5.  
Tempelhof, Joh. Grohn, Dorffstr. 62.  
Treptow, Robert Gramenz, Riefbolzstr. 412, Laden.  
Weißensee, Fuhrmann, Seebaustr. 103, Schiller, Berliner Allee 253.  
Wilmerdorf, Paul Schubert, Wilmersdorf 27.